

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 26/2023

29. Juni 2023

Inhaltsverzeichnis

Sächsische Staatskanzlei

Bekanntmachung der Sächsischen Staatskanzlei
Bekanntgabe über die Verleihung des Verdienstordens des Freistaates Sachsen vom 12. Juni 2023 731

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Sportförderrichtlinie vom 6. Juni 2023 732

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Richtlinie Feuerwehrförderung vom 14. Juni 2023 733

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Änderung der Richtlinie zur Förderung der Chancengleichheit und zur Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt vom 13. Juni 2023 734

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Änderung der ESF Plus-Richtlinie Gleichstellung im Erwerbsleben 2021–2027 vom 13. Juni 2023 735

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Änderung der FRL Bürgerbeteiligung vom 14. Juni 2023 736

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung über einen Teilnahmewettbewerb zur Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen von Gefangenen in den Sächsischen Justizvollzugsanstalten vom 9. Juni 2023 738

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung über die Förderung von Vorhaben zur Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern an der politischen Willensbildung nach der FRL Bürgerbeteiligung vom 14. Juni 2023 744

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der FRL Tourismus vom 12. Juni 2023 751

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der RL Inklusion vom 10. Juni 2023 752

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der Förderrichtlinie Kunst und Kultur vom 12. Juni 2023 753

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der Förderrichtlinie Kulturelle Bildung vom 10. Juni 2023 754

Dritte Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der VwV Zuwendungen Strukturmaßnahmen Sächsisches Kulturraumgesetz vom 10. Juni 2023 755

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der Förderrichtlinie Georgius-Agricola-Stipendien vom 13. Juni 2023 756

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der FördRL Wiedereinstieg vom 13. Juni 2023 758

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen im Rahmen der wettbewerblichen EU-Förderprogramme für Forschung und Innovation vom 14. Juni 2023 760

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Projekte im Forschungsbereich vom 13. Juni 2023 761

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Förderung von Projekten der Fachkräftesicherung (Fachkräfte-richtlinie) vom 13. Juni 2023 762

Bekanntmachung der Landesregulierungsbehörde Sachsen über die Festlegung volatiler Kosten nach § 11 Absatz 5 der Anreizregulierungsverordnung zur Berücksichtigung von Verlustenergiekosten in der vierten Regulierungsperiode Strom Az.: LRB-4153/86/12 vom 5. Juni 2023 764

Festlegung 764

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Dritte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der Richtlinie Integrative Maßnahmen vom 9. Juni 2023 771

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der RL Soziale Betreuung Flüchtlinge vom 9. Juni 2023 772

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der ESF-Plus-Richtlinie SMS vom 9. Juni 2023 773

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der FRL Investitionen vom 9. Juni 2023 774

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der FRL überörtlicher Bedarf vom 9. Juni 2023 775

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der RL eHealthSax vom 9. Juni 2023 776

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Planfeststellung für das Bauvorhaben „Ersatzneubau Brücke über die Freiberger Mulde im Zuge der Lindenstraße in 09603 Großschirma OT Hohentanne“ vom 6. Juni 2023 778

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für die wesentliche Änderung der Biogasanlage der Firma Balance Erneuerbare Energien GmbH am Standort 04838 Jesewitz, Ortsteil Gordemitz Gz.: 44-8431/2568 vom 9. Juni 2023 ... 780

Sächsische Staatskanzlei

Bekanntmachung der Sächsischen Staatskanzlei Bekanntgabe über die Verleihung des Verdienstordens des Freistaates Sachsen

Vom 12. Juni 2023

Als Zeichen dankbarer Anerkennung für hervorragende Verdienste um den Freistaat Sachsen und seine Bevölke-

rung hat der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen den Verdienstorden des Freistaates Sachsen

am 13. Mai 2023 an

Herrn Jons Anders, Kottmar

verliehen.

Dresden, den 12. Juni 2023

Sächsische Staatskanzlei
Maïke Liebschner
Protokollchefin

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Sportförderrichtlinie

Vom 6. Juni 2023

I. Änderung der Sportförderrichtlinie

Die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern für die Sportförderung (Sportförderrichtlinie – Sport-FRL) vom 13. Februar 2019 (SächsABl. S. 367), die durch die Richtlinie vom 19. Dezember 2019 (SächsABl. 2020 S. 39) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 29. November 2021 (SächsABl. SDR. S. S 167), wird wie folgt geändert:

1. Abschnitt B Ziffer IX wird wie folgt geändert:

a) Nach Nummer 7 wird folgende Nummer 8 eingefügt:

„8 Auszahlungsverfahren

Für Auszahlungen bei Projektförderungen nach Ziffer VII Nummer 1 Satz 1 finden die Bestimmungen zum Regelauszahlungsverfahren nach den Nummern 7.1, 7.2, 7.4 und 7.7 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung und im Übrigen für Zuwendungsempfänger nach Ziffer V Buchstabe c Doppelbuchstabe ee nach den Nummern 7.1 bis 7.3 und 7.5 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften in Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung.

Von diesem Verfahren kann unter den Voraussetzungen der Nummer 7.5 Sätze 1 und 2 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung finden. Diese Regelung findet keine Anwendung auf Zuwendungsempfänger nach Ziffer V Buchstabe c Doppelbuchstabe ee.

Für die Auszahlung bei institutionellen Förderungen finden die Bestimmungen zum Regelauszahlungsverfahren nach den Nummern 7.3, 7.4 und 7.7 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung.“

b) Die bisherigen Nummern 8 und 9 werden die Nummern 9 und 10.

2. Abschnitt C Ziffer XV wird wie folgt geändert:

a) Der Nummer 4 Buchstabe b wird folgender Satz 2 angefügt:

„Soweit Zuwendungen weitergeleitet werden dürfen, gelten hierfür die Bestimmungen nach Nummer 12 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung.“

b) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 5 eingefügt:

„5 Auszahlungsverfahren

Ab 1. Januar 2025 finden für Auszahlungen bei Projektförderungen die Bestimmungen zum Regelauszahlungsverfahren nach den Nummern 7.1, 7.2, 7.4 und 7.7 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung und im Übrigen für Zuwendungsempfänger nach Ziffer XI Buchstabe c nach den Nummern 7.1 bis 7.3 und 7.5 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften in Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung.

Von diesem Verfahren kann unter den Voraussetzungen der Nummer 7.5 Sätze 1 und 2 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung abgewichen werden. In diesen Fällen können für die Auszahlung für Projektförderungen die Bestimmungen zum Vorauszahlungsverfahren nach Nummer 7.5 Satz 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung finden. Diese Regelung findet keine Anwendung auf Zuwendungsempfänger nach Ziffer XI Buchstabe c.

Abweichend von den Sätzen 1 bis 3 finden für Bewilligungen bis zum 31. Dezember 2024 die Bestimmungen zum Vorauszahlungsverfahren nach Nummer 7.5 Satz 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung. Diese Regelung findet ebenso Anwendung auf Zuwendungsempfänger nach Ziffer XI Buchstabe c.“

c) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 6.

II. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 6. Juni 2023

Der Staatsminister des Innern
Armin Schuster

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Richtlinie Feuerwehrförderung

Vom 14. Juni 2023

I.

Die Richtlinie Feuerwehrförderung vom 7. März 2012 (SächsABl. S. 358), die zuletzt durch die Richtlinie vom 1. September 2020 (SächsABl. S. 1043) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 29. November 2021 (SächsABl. SDr. S. S 167), wird wie folgt geändert:

1. In Ziffer I Nummer 1 werden die Wörter „des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782)“ durch die Wörter „des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578)“ und die Wörter „Verwaltungsvorschrift vom 23. Oktober 2019 (SächsABl. S. 1590)“ geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352)“ durch die Wörter „Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423)“ geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178)“ ersetzt.
2. Ziffer II wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 Buchstabe d werden die Wörter „die Verordnung vom 20. August 2012 (SächsGVBl. S. 458)“ durch die Wörter „Artikel 2 der Verordnung vom 14. Mai 2020 (SächsGVBl. S. 218)“ ersetzt.
 - b) In Nummer 1 Buchstabe i werden die Wörter „Verordnung vom 18. Dezember 2014 (SächsGVBl. 2015 S. 3)“ durch die Wörter „Verordnung vom 5. Juni 2020 (SächsGVBl. S. 285)“ ersetzt.
 - c) In Nummer 1 Buchstabe k werden die Wörter „RL Elementarschäden vom 29. Juni 2011 (SächsABl. S. 988, 1191), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2013 (SächsABl. SDr. S. S 808)“ durch die Wörter „RL Elementarschadenshilfen vom 18. Dezember 2020 (SächsABl. 2021 S. 26), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 10. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 246)“ ersetzt.
3. Ziffer IV wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 2 werden die Wörter „RL Elementarschäden“ durch die Wörter „RL Elementarschadenshilfen“ ersetzt.
 - b) In Nummer 4 werden die Wörter „Artikel 476 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)“ durch die Wörter „Artikel 6 des Gesetzes vom 12. Juli 2021 (BGBl. I S. 3091)“ ersetzt.
 - c) In Nummer 7 wird jeweils die Angabe „§ 65 Nr. 3 SächsBRKG“ durch die Wörter „§ 65 Nummer 3 des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz“ und das Wort „Richtlinie“ durch das Wort „Richtlinie“ ersetzt.

4. Ziffer V wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 2 werden die Wörter „RL Elementarschäden“ durch die Wörter „RL Elementarschadenshilfen“ ersetzt.
- b) In Nummer 5 werden die Wörter „jeden Angehörigen“ durch die Wörter „jeden ehrenamtlichen Angehörigen oder jede ehrenamtliche Angehörige“ ersetzt.

5. Ziffer VI wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
„Antrags- und Bewilligungsverfahren“.
- b) In Nummer 2 und Nummer 3 werden jeweils die Wörter „RL Elementarschäden“ durch die Wörter „RL Elementarschadenshilfen“ ersetzt.
- c) In Nummer 4 werden nach dem Wort „Kreisbrandmeister“ die Wörter „oder die Kreisbrandmeisterin“ eingefügt.
- d) In Nummer 6 und Nummer 7 werden jeweils nach dem Wort „Gemeindewehrleiter“ die Wörter „oder die Gemeindewehrleiterin“ eingefügt.

6. Nach Ziffer VI wird folgende Ziffer VII eingefügt: „VII.

Anforderungs- und Auszahlungsverfahren

1. Die Auszahlung der Zuwendungen erfolgt grundsätzlich im Rahmen des Regelauszahlungsverfahrens nach Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften in Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung.
2. Abweichend von Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften in Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung erfolgt die Auszahlung bei Zuwendungen nach Ziffer II Nummer 1 Buchstabe m, o und p im Rahmen des Erstattungsverfahrens nach Nummer 7.4 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften in Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung.“
7. Die bisherige Ziffer VII wird Ziffer VIII und in Nummer 3 wird das Wort „SächsBRKG“ durch die Wörter „Sächsischen Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz“ ersetzt.
8. Die bisherige Ziffer VIII wird Ziffer IX.

II.

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 14. Juni 2023

Der Staatsminister des Innern
Armin Schuster

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Änderung der Richtlinie zur Förderung der Chancengleichheit und zur Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt

Vom 13. Juni 2023

I.

Die Richtlinie zur Förderung der Chancengleichheit und zur Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt des Sächsischen Ministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung vom 23. Juli 2021 (SächsABl. S. 1027), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 199), wird wie folgt geändert:

1. In Großbuchstabe A Ziffer I werden die Angabe „16. April 2021 (SächsABl. SDr. S. S 434)“ durch die Angabe „23. November 2022 (SächsABl. SDr. S. S 226)“ sowie die Angabe „9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352)“ durch die Angabe „6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178)“ ersetzt.
2. Der Ziffer IV werden folgende Nummern 3 und 4 angefügt:
„3. Für kommunale Zuwendungsempfänger gilt das Regelauszahlungsverfahren gemäß Nummer 7.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung oder in geeigneten Fällen das Erstattungsverfahren gemäß Nummer 7.4 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung.

4. Für alle anderen Zuwendungsempfänger findet anstelle des Regelauszahlungsverfahrens gemäß Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung das Vorauszahlungsverfahren gemäß Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung.“

3. Folgende Ziffer V wird angefügt:

„V.

Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Die vollumfängliche oder teilweise Weiterleitung der gewährten Zuwendung zusammen mit dem Eigenanteil durch den Zuwendungsempfänger an Dritte zur Durchführung eines zuwendungsfähigen Einzelvorhabens ist zulässig, soweit diese von der Bewilligungsbehörde im Zuwendungsbescheid gestattet worden ist.“

II.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 13. Juni 2023

Die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Katja Meier

**Verwaltungsvorschrift
des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz
und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
zur Änderung der ESF Plus-Richtlinie
Gleichstellung im Erwerbsleben 2021–2027**

Vom 13. Juni 2023

I.

Die ESF Plus-Richtlinie Gleichstellung im Erwerbsleben 2021–2027 vom 31. August 2022 (SächsABl. S. 1061) wird wie folgt geändert:

1. In Ziffer I Nummer 1 Buchstabe c Unterbuchstabe bb wird die Angabe „Verordnung (EU) 2020/2008 der Kommission vom 8. Dezember 2020 (ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 15)“ durch die Angabe „Verordnung (EU) 2022/2472 der Kommission vom 14. Dezember 2022 (ABl. L 327 vom 21.12.2022, S. 1)“ ersetzt.
2. In Ziffer I Nummer 1 Buchstabe c Unterbuchstabe cc wird die Angabe „Verordnung (EU) 2020/2008 der Kommission vom 8. Dezember 2020 (ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 15) geändert worden ist (FischereiFVO)“ durch die Angabe „Verordnung (EU) 2022/2473 der Kommission vom 14. Dezember 2022 (ABl. L 327 vom 21.12.2022, S. 82) geändert worden ist (FischereiFVO)“ ersetzt.
3. Ziffer I Nummer 7 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Wortlaut wird Buchstabe a.
 - b) Folgender Buchstabe b wird angefügt:
„b) Die Zuwendung kann unter Beachtung der im Bewilligungsbescheid geregelten Nebenbe-

stimmungen und Auflagen an Dritte gemäß Nummer 12 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltordnung weitergeleitet werden.“

4. Ziffer II wird wie folgt geändert:

- a) In Großbuchstabe A Nummer 7.2 werden die Wörter „in Nummer 7“ durch die Wörter „in Nummer 7.5“ ersetzt.
- b) In Großbuchstabe C Nummer 6.2 werden die Wörter „in Nummer 7“ durch die Wörter „in Nummer 7.5“ ersetzt.
- c) In Großbuchstabe D Nummer 6.2 werden die Wörter „in Nummer 7“ durch die Wörter „in Nummer 7.5“ ersetzt.
- d) In Großbuchstabe E Nummer 6.2 werden die Wörter „in Nummer 7“ durch die Wörter „in Nummer 7.5“ ersetzt.

II.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 13. Juni 2023

Die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Katja Meier

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Änderung der FRL Bürgerbeteiligung

Vom 14. Juni 2023

I.

Die FRL Bürgerbeteiligung vom 21. Januar 2022 (SächsABl. S. 153), die durch die Richtlinie vom 30. März 2022 (Sächs. Abl. S. 470) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Teil 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Ziffer I Nummer 1 werden die Wörter: „vom 16. Dezember 2021 (SächsABl. 2022 S. 2)“ durch die Wörter: „vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423)“ sowie die Wörter „Bürgerinnen und Bürger“ durch die Wörter „Einwohnerinnen und Einwohner“ ersetzt.
- b) Ziffer II wird wie folgt geändert:
 - aa) In Großbuchstabe A werden die Wörter „Bürgerinnen und Bürgern“ durch die Wörter „Einwohnerinnen und Einwohnern“ ersetzt und wird das Wort „sowie“ durch die Wörter „, zum Aufbau von Kompetenzen bei Beteiligungsprozessen und“ ersetzt.
 - bb) In Großbuchstabe B werden die Wörter „Bürgerinnen und Bürgern sowie Kindern und Jugendliche“ durch die Wörter „Einwohnerinnen und Einwohnern“ ersetzt
- c) Ziffer III wird Ziffer IV und wie folgt geändert:
 - aa) Nummer 9 wird aufgehoben
 - bb) Nummer 10 wird Nummer 9.
- d) Die bisherige Ziffer IV wird Ziffer III.

2. Teil 2 wird wie folgt geändert:

- a) Großbuchstabe A wird wie folgt geändert:
 - aa) In Ziffer I werden die Wörter „Bürgerinnen und Bürgern“ durch die Wörter „Einwohnerinnen und Einwohnern“ ersetzt und wird das Wort „sowie“ durch die Wörter „, die Kompetenzen bezüglich Bürgerbeteiligungsverfahren zu erhöhen und“ ersetzt.
 - bb) In Ziffer II Nummer 1.1 wird jeweils das Wort „Vorhaben“ durch das Wort „Einzelvorhaben“ und die Wörter „Bürgerinnen und Bürgern“ durch die Wörter „Einwohnerinnen und Einwohner“ ersetzt.
 - cc) Ziffer IV wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Nummer 2 wird das Wort „die“ durch das Wort „zur“ ersetzt.
 - bbb) Nach Nummer 6 wird Nummer 7 eingefügt:
 - „7. Zum Nachweis der Erfüllung der Zuwendungsvoraussetzungen sind die im Antragsverfahren geforderten Eigenerklärungen einzureichen.“
 - dd) Ziffer V wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Nummer 2 werden nach den Wörtern „der Zuwendung soll“ die Wörter: „in Abweichung von Nummer 1.1 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften als Anlage 3 der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen

Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung“ eingefügt.

- bbb) In Nummer 2.1 wird das Wort „Vorhaben“ durch das Wort „Einzelvorhaben“ ersetzt.
- ccc) In Nummer 2.2 und 2.3 wird jeweils das Wort „Kalenderjahr“ durch das Wort „Jahr“ ersetzt.
- ddd) In Nummer 4 werden nach den Wörtern „Die Zuwendungen können“ die Wörter „für Einzelvorhaben in der Regel bis zu 12 Monate,“ eingefügt.
- ee) Nach Ziffer V wird Ziffer VI eingefügt:

„VI.

Verfahren

- 1. Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt für Gebietskörperschaften gemäß Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften als Anlage 3 der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung.
 - 2. In Abweichung von Nummer 7.5 der in Nummer 1 genannten Anlage gilt für Teilauiszahlungen sowie für Vorauszahlungen eine Untergrenze von 1 000 Euro.
 - 3. In Abweichung von Nummer 7 der in Nummer 1 genannten Anlage sind für Gebietskörperschaften bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2024 Vorauszahlungen nach Stellung eines entsprechenden Auszahlungsantrages zugelassen.“
- b) Großbuchstabe B wird wie folgt geändert:
 - aa) In Ziffer I werden die Wörter „Bürgerinnen und Bürgern sowie Kindern und Jugendlichen“ durch die Wörter „Einwohnerinnen und Einwohner“ ersetzt.
 - bb) In Ziffer II werden die Wörter „Bürgerinnen und Bürgern sowie Kindern und Jugendlichen“ durch die Wörter „Einwohnerinnen und Einwohner“ ersetzt.
 - cc) In Ziffer IV Nummer 2 wird das Wort „die“ durch das Wort „zur“ ersetzt.
 - dd) Ziffer V wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Nummer 2 Satz 1 wird das Wort „Kalenderjahr“ durch das Wort „Jahr“ ersetzt.
 - bbb) Nach Nummer 4 wird Nummer 5 eingefügt:
 - „5. Der Eigenanteil des Zuwendungsempfängers kann bis zur Hälfte aus projektbezogenen unbaren Leistungen bestehen. Diese können als Arbeitsleistungen in Form von unbezahlten freiwilligen Arbeitsstunden erfolgen, wobei nur unterstützendes ehrenamtliches Engagement berücksichtigt werden kann; die Stun-

denbewertung entspricht der Höhe des jeweils gültigen Mindestlohns gemäß § 1 Absatz 2 des Mindestlohngesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juni 2022 (BGBl. I S. 969) geändert worden ist. Ferner können Sachleistungen in Form von Raummieten als solche unbaren Leistungen angesehen werden. Der Mietpreis richtet sich nach dem gültigen Wert gemäß Mietspiegel beziehungsweise ortsüblicher Miete. Der Wert der unbaren Leistungen muss im Einzelnen in der Antragstellung und im Verwendungsnachweisverfahren dargestellt werden.“

ee) Nach Ziffer V wird Ziffer VI eingefügt:

„VI.

Verfahren

Auf Antrag des zivilgesellschaftlichen Trägers gemäß Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zu Sächsischen Haushaltsordnung sind die Zuwendungen in Abweichung vom Regelauszahlungsverfahren als Vorauszahlungen zu leisten.“

II.

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 14. Juni 2023

Die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Katja Meier

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung über einen Teilnahmewettbewerb zur Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen von Gefangenen in den Sächsischen Justizvollzugsanstalten

Vom 9. Juni 2023

I. Hintergrund und Ziel der Förderung

Der Justizvollzug hat das Ziel, die Gefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.

Ein wichtiger Faktor für das Gelingen einer solchen erfolgreichen Wiedereingliederung der Gefangenen nach Haftentlassung in die Gesellschaft, ist die (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt. Mit dieser gehen ein regelmäßiges Einkommen, Tagesstruktur, soziale Kontakte sowie persönliche Anerkennung und Bestätigung einher. Das wiederum senkt nachweislich das Rückfallrisiko.

Daher ist es wichtig, die Beschäftigungsfähigkeit der Gefangenen während des Vollzugs zu erhalten, herzustellen und zu steigern. Berufliche und soziale Kompetenzen der Gefangenen sollen dabei verbessert werden, um ihre Reintegration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft zu erleichtern und damit das Risiko zu senken, erneut straffällig zu werden.

Die Gefangenen sollen die Möglichkeit erhalten, im Rahmen von beruflichen Qualifizierungen Module verschiedener Ausbildungsberufe zu absolvieren. Der erfolgreiche Abschluss der einzelnen Module wird den Gefangenen von den jeweils prüfenden Stellen (Handwerks- oder Industrie- und Handelskammern) im sogenannten „Sächsischen Qualifizierungspass“ zertifiziert, der die Grundlage für die Zulassung des Gefangenen zur sogenannten Externenprüfung im jeweiligen anerkannten Beruf bildet.

Darüber hinaus sollen Gefangene mit strukturellen Bildungsschwächen durch vorgelagerte sozialpädagogische Maßnahmen dazu befähigt werden, eine berufliche Qualifizierungsmaßnahme erfolgreich zu absolvieren, um nach ihrer Inhaftierung möglichst schnell wieder in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft integriert werden zu können.

II. Gegenstand

Mit dieser Bekanntmachung sollen Vorhaben zur beruflichen Qualifizierung von Gefangenen zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt und sozialpädagogische Vorhaben für Gefangene zur Unterstützung der Vorbereitung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt oder in eine berufliche Bildungsmaßnahme initiiert werden.

Im Ergebnis der Bekanntmachung sollen Projektvorschläge für die Durchführung von Vorhaben eingereicht werden. Die Vorhaben sollen in den Justizvollzugsanstalten Bautzen, Chemnitz, Dresden, Görlitz, Leipzig, Torgau, Waldheim, Zeithain und Zwickau durchgeführt werden.

Die Förderung erfolgt auf der Grundlage der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Förderung von aus dem Europäischen Sozialfonds Plus im Förderzeitraum 2021 bis 2027 mitfinanzierten Projekten der Qualifizierung und Reintegration von Gefangenen (ESF Plus Richtlinie Qualifizierung und Reintegration Gefangener 2021–2027) vom 9. Dezember 2021 (SächsABl. S. 1707) in der jeweils gültigen Fassung.

Die Vorhaben werden mit bis zu 100 Prozent der förderfähigen Ausgaben gefördert.

III. Zielgruppe der Vorhaben

Zielgruppe sind Gefangene im sächsischen Justizvollzug. Der Begriff der Gefangenen umfasst dabei alle tatsächlich im Justizvollzug untergebrachten Personen. Ausgeschlossen sind Gefangene, die dem Arbeitsmarkt auch nach ihrer Entlassung voraussichtlich nicht zur Verfügung stehen werden, zum Beispiel Bezieherinnen und Bezieher einer Altersrente oder Rente wegen Erwerbsminderung.

IV. Anforderungen an die Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind zugelassene Träger nach der Verordnung über die Voraussetzungen und das Verfahren zur Akkreditierung von fachkundigen Stellen und zur Zulassung von Trägern und Maßnahmen der Arbeitsförderung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 6. Juni 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 146) geändert worden ist.

V. Zuwendungsvoraussetzungen

Folgende Bestandteile sind zu berücksichtigen:

- Die Vorhaben werden vorrangig innerhalb der Justizvollzugsanstalten durchgeführt.
- Die Vorhabenslaufzeit ist abhängig von den jeweils zu vermittelnden Kenntnissen und beträgt in der Regel zwischen 12 und 36 Monaten.
- Qualifizierungsvorhaben sollen vorrangig zu einem anerkannten Berufsabschluss führen und möglichst in modularer Form durchgeführt werden. Die Vorgaben der jeweiligen Ausbildungs-, Prüfungs-, Fortbildungs- und Umschulungsordnungen sowie der zuständigen Stellen im Sinne des Berufsbildungsgesetzes sind zu beachten. Zur Beachtung des Grundsatzes des Umwelt- und Ressourcenschutzes sollen je nach Berufsbild bei den

modularen Qualifizierungen umweltrelevante Wissensinhalte im Rahmen der Ausbildung sowie Kenntnisse zu ökologischen Zusammenhängen vermittelt und damit das Umweltbewusstsein und ein umweltgerechtes Verhalten bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Vorhaben gestärkt werden.

- Sollten zum Beispiel aufgrund baulicher Gegebenheiten oder aufgrund sicherheitsrelevanter Aspekte einzelne Module nicht in der JVA/JSA durchgeführt werden können, so ist durch den Bildungsträger darzustellen, wie das Qualifizierungsvorhaben trotzdem zu einem anerkannten Berufsabschluss führen kann. Vorstellbar sind die Zusammenarbeit mit einer anderen JVA/JSA, in der fehlende Module absolviert werden können, und/oder die Möglichkeit der Fortführung außerhalb der Anstalt im Rahmen von Vollzugslockerungen oder offenen Vollzug beziehungsweise nach der Entlassung des Teilnehmers. Entsprechende Konzeptionen sind mit den Projektvorschlägen einzureichen und im Rahmen der Antragsstellung durch entsprechende Kooperationsvereinbarungen darzulegen.
- Der Träger erteilt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die mindestens ein Modul oder einen damit vergleichbaren Qualifizierungsbaustein erfolgreich abgeschlossen haben, ein Zertifikat über die vermittelten Kenntnisse. Die anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten eine Teilnahmebescheinigung. Aus dem Zertifikat und der Teilnahmebescheinigung sollen sich insbesondere der Umfang der Teilnahme und die vermittelten Qualifizierungsinhalte ergeben.
- Spezielle Kenntnisse, die durch externe Prüfungen nachgewiesen werden, zum Beispiel in den Bereichen Schweißen, Europäischer Computerführerschein oder Berechtigung zum betrieblichen Führen von Gabelstaplern (Flurfördermittelschein), sind zusätzlich von den prüfenden Stellen zu bescheinigen
- Die Zahl der Teilnehmer pro Vorhaben und Gruppe soll 8 nicht unterschreiten und 20 nicht überschreiten.
- Zusätzlich zum Sachbericht nach Nummer 6.3 NBest-EU legt der Träger der Justizvollzugsanstalt und dem Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung nach Abschluss des Vorhabens einen Bericht zum Vorhabensverlauf vor, aus dem unter anderem die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, untergliedert in Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit erfolgreich abgeschlossenen Modulen, Zertifikaten und Teilnahmebescheinigungen, und der zeitliche Umfang der Teilnahme entnommen werden kann.

VI.

Sonstige Hinweise

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Förderfähig sind nur Ausgaben, die vorhabensbezogen und außerhalb gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben, Pflichtaufgaben sowie bestehender nationaler Fördermöglichkeiten entstehen. Der Abschluss verbindlicher Kooperationsvereinbarungen zwischen dem Antragsteller und externen Kooperationspartnern wird nicht als förder-schädlicher vorzeitiger Beginn der Maßnahme gewertet.

VII.

Gliederung und Inhalte des Projektvorschlags

Der Projektvorschlag muss die Anforderungen an Struktur und Inhalt von ESF Plus-Projektvorschlägen berücksichtigen. Das Formular zum Konzept (SAB-Vordruck 60716) und das Formular mit den Trägerangaben (SAB-Vordruck

60715), jeweils zu finden im Informationsportal <https://www.sab.sachsen.de/service/formulare-downloads/index.jsp>, sind zu verwenden. Weitere ausführliche Hinweise zu fachlich-inhaltlichen Anforderungen sind dem Förderbaustein zu entnehmen

Die ausführliche Beschreibung zum Projektkonzept soll maximal 15 Seiten DIN A4 (Proportionalischrift, zum Beispiel Arial, Schriftgröße 11 pt, einfacher Zeilenabstand), gegebenenfalls zuzüglich Anlagen (zum Beispiel bei umfangreichen Tabellen oder Lehrplänen), umfassen.

Der Projektvorschlag muss nachvollziehbar und vollständig sein und die Beschreibung muss in Ergänzung zu den Anforderungen der oben genannten SAB-Vordrucke 60716 und 60715 Angaben zu folgenden bewertungsrelevanten Punkten enthalten:

- a) Angaben zum Träger
 - Beschreibung der fachlichen Kompetenzen und Erfahrungen,
 - Darstellung der Kompetenzen im Projektmanagement sowie in der Zusammenarbeit mit Bildungsträgern und anderen externen Institutionen,
 - kurze Darstellung bestehender fachbezogener und sonstiger Netzwerke und/oder Kooperationen,
- b) Angaben zum Vorhaben
 - ausführliche Darstellung zur Untersetzung und Erreichung der Ziele,
 - Beschreibung des geplanten Personaleinsatzes einschließlich des Tätigkeitsprofils und des Stundenumfangs,
 - Darstellung des Vorhabensverlaufs, der geplanten Maßnahmen und Arbeitsschritte mit Bezug zu den Zielen und Teilzielen des Vorhabens,
 - Beschreibung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung und zur Steuerung der Zusammenarbeit mit Partnern,
 - Daneben werden Aussagen hinsichtlich des jeweiligen Beitrags zum ESF Plus-Grundsatz „Nachhaltige Entwicklung“ erwartet. Sofern die geplanten Vorhaben mit besonderen Maßnahmen zur Umsetzung dieses Grundsatzes beitragen, werden diese bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt
- c) Angaben zu den Gesamtausgaben/kosten des Vorhabens untersetzt mit Angaben zu den Positionen Personalausgaben (projektbezogen/Verwaltung) sowie Sachausgaben entsprechend der geltenden Förderfähigen Ausgaben und Kosten (FFAK)

Die Darstellung der Ausgaben und Kosten hat in einem gesonderten Dokument zu erfolgen.

- d) zusätzliche Unterlagen für die Trägermappe
 - aktuelle Unterlagen entsprechend SAB-VD 60715
 - Unterlagen zur Identifikation (bei Änderungen)
 - Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialbeiträgen – SAB-VD 60821
 - Nachweis der Zertifizierungen entsprechend Punkt IV. der Bekanntmachung,
 - bei Neukunden im Vorhabensbereich zusätzlich Deckblatt Trägermappe SAB-VD 60715-1

Hinsichtlich der Rahmenbedingungen der ESF Plus-Förderung und insbesondere der Förderfähigkeit von Kostenpositionen ist die EU-Rahmenrichtlinie vom 9. Mai 2023 (SächsABl. S. 576) in der jeweils geltenden Fassung zu beachten. Diese und weitere Informationen können im Internet unter www.sab.sachsen.de eingesehen werden.

Interessenten reichen ihren unterzeichneten Projektvorschlag elektronisch über das SAB-Förderportal <https://portal.sab.sachsen.de> (Dateigröße der Anlagen maximal 5 MB)

bis zum **28. Juli 2023**
(Posteingang)

bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) ein.

VIII. Verfahrensablauf

Es ist folgender Verfahrensablauf vorgesehen:

Phase 1:

Erarbeitung und Einreichung der Projektvorschläge bis zum 28. Juli 2023 bei der SAB.

Für Bewerber, die allgemeine Fragen bezüglich der Durchführung von Bildungsmaßnahmen im Justizvollzug haben, besteht die Möglichkeit eines Informationsgesprächs. Interessenbekundung sind an das ESF-Postfach ESF@smj.justiz.sachsen.de zu richten.

Zudem besteht die Möglichkeit, sich in der jeweiligen Justizvollzugsanstalt über die Räumlichkeiten und die örtlichen Gegebenheiten zu informieren

Phase 2:

Bewertung und Auswahl der Projektvorschläge bis voraussichtlich Anfang September 2023

Phase 3:

Mitteilung über die Entscheidung und Aufforderung zur Antragseinreichung durch die SAB bis voraussichtlich 6. Oktober 2023

Phase 4:

Einreichung der formgebundenen Anträge für Vorhaben bei der SAB bis 3. November 2023.

Phase 5:

Der Vorhabensbeginn ist ab Januar 2024 geplant.

IX. Auswahl und Bewertungskriterien

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – und das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung beziehen die jeweilige JVA/ JSA in die Prüfung der Förderwürdigkeit der eingereichten Projektvorschläge ein.

Die Bewertung eingehender Projektvorschläge erfolgt nach den im SAB-Vordruck 60716 festgelegten Kriterien. Diese fließen mit der dort angegebenen Gewichtung in die Bewertung ein. Zusätzliche Beachtung finden die unter Gliederungspunkt V. und VII. dieser Bekanntmachung geforderten Angaben sowie die tarifgerechte Bezahlung der Projektmitarbeiter.

Dresden, den 9. Juni 2023

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Eichler
Referatsleiter

Justizvollzugsanstalt Bautzen

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmer- plätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Berufliche Qualifizierungsvorhaben für Gefangene zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt	Modulare Qualifizierung zum Betriebsinformatiker	8	01.05.2024	30.04.2025	
	Modulare Qualifizierung zur Kfz-Smart-Repair-Fachkraft/Fachkraft für professionelle Kfz-Aufbereitung	12	01.01.2024	31.12.2026	

Justizvollzugsanstalt Chemnitz

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmer- plätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Sozialpädagogische Vorhaben für Gefangene zur Vorbereitung oder Unterstützung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt oder in eine berufliche Bildungsmaßnahme	Niederschwellige Maßnahmen mit dem Ziel des Trainings von sozialen und beruflichen Kompetenzen, Arbeit am PC, Schwerpunkte zur Gesundheitserziehung	10	01.05.2024	30.04.2025	Individuelle Verweildauer von etwa drei Monaten

Justizvollzugsanstalt Dresden

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmer- plätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Berufliche Qualifizierungsvorhaben für Gefangene zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt	Modulare Qualifizierung im Berufsfeld Metall	10	01.01.2024	31.12.2025	
Sozialpädagogische Vorhaben für Gefangene zur Vorbereitung oder Unterstützung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt oder in eine berufliche Bildungsmaßnahme	Vorbereitung zur Integration in den Arbeitsmarkt, PC-Grundlagen, Textverarbeitung, Erstellung Bewerbungsunterlagen.	10	01.05.2024	30.04.2025	Kursdauer von drei Monaten, vier Durchgänge mit je 10 Teilnehmern

Justizvollzugsanstalt Görlitz

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmer- plätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Berufliche Qualifizierungsvorhaben für Gefangene zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt	Modulare Qualifizierung im Berufsfeld „Maler/Lackierer“	12	01.05.2024	30.04.2027	drei Durchgänge mit je 12 Teilnehmern mit einer individuellen Verweildauer von einem Jahr
Sozialpädagogische Vorhaben für Gefangene zur Vorbereitung oder Unterstützung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt oder in eine berufliche Bildungsmaßnahme	Niederschwellige Maßnahme mit dem Ziel des Abbaus sozialer und Bildungsdefizite mit Elementen der <ul style="list-style-type: none"> • Potentialanalyse, • individuellen Förderplanung, • Aufbau von Tagesstrukturen, • Angebot von Stützunterricht, • Maßnahmen zur Erlangung beruflicher Handlungskompetenzen, • Trainings sozialer Kompetenzen, 	8	01.06.2024	31.05.2027	Individuelle Verweildauer von einem Jahr

Justizvollzugsanstalt Leipzig mit Krankenhaus

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmer- plätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Berufliche Qualifizierungsvorhaben für Gefangene zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt	Modulare Qualifizierung im Bereich „Bürodienstleistungen mit ECDL“	10	01.01.2024	31.12.2025	

Justizvollzugsanstalt Torgau

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmer- plätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Berufliche Qualifizierungsvorhaben für Gefangene zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt	Modulare Qualifizierung zum Fachlageristen mit ECDL	12	01.01.2024	31.12.2024	
	Modulare Qualifizierung im Berufsfeld „Hoch- und Ausbaufacharbeiter/ Maurer“	12	01.01.2024	31.12.2024	
	Modulare Qualifizierung im Berufsfeld „Maler/Lackierer“	12	01.01.2024	31.12.2024	

Justizvollzugsanstalt Waldheim

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmer- plätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Sozialpädagogi- sche Vorhaben für Gefangene zur Vorbereitung oder Unterstützung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt oder in eine berufliche Bildungsmaßnahme	Niederschwellige Maßnahme mit dem Ziel des Abbaus sozialer und Bil- dungsdefizite mit Elementen der <ul style="list-style-type: none"> • Potentialanalyse, • Basisqualifizierung in den Berufsfel- dern Gartenbau und Gastgewerbe, • Trainings sozialer Kompetenzen, • Aufbau von Tagesstrukturen 	12	01.02.2024	31.03.2025	

Justizvollzugsanstalt Zeithain

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmer- plätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Berufliche Qualifi- zierungsvorhaben für Gefangene zur Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für eine berufliche Tätigkeit im Arbeitsmarkt	Baugeräteführer (Gabelstapler, Hubarbeitsbühne, Minibagger unter anderem)	10	01.05.2024	30.04.2025	Durchgangsdauer vier Monate, drei Durchgänge mit je 10 Teilnehmern

Justizvollzugsanstalt Zwickau

Vorhabensbereich	Ausbildungsrichtungen	Teilnehmer- plätze	Beginn	Spätestes Ende	Bemerkung
Sozialpädagogi- sche Vorhaben für Gefangene zur Vorbereitung oder Unterstützung ihrer Integration in den Arbeitsmarkt oder in eine berufliche Bildungsmaßnahme	Niederschwellige Maßnahme mit dem Ziel des Abbaus sozialer und Bil- dungsdefizite mit Elementen der <ul style="list-style-type: none"> • Potentialanalyse, • Maßnahmen zur Erlangung beruf- licher Handlungskompetenzen im Berufsfeld Holz, • Training sozialer Kompetenzen, • Aufbau von Tagesstrukturen 	6	01.01.2024	31.12.2024	Individuelle Ver- weildauer von drei Monaten

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung über die Förderung von Vorhaben zur Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern an der politischen Willensbildung nach der FRL Bürgerbeteiligung

Vom 14. Juni 2023

Teil I: Allgemeines

1. Grundlagen

1.1 Vorbemerkung und Anlass der Förderung

Viele Einwohnerinnen und Einwohner wollen sich stärker an politischen Willensbildungsprozessen beteiligen und sich mit Fragen, Ideen, Anregungen und Engagement in den politischen Prozess einbringen. Daher fördert die Regierungskoalition in Sachsen die demokratische Willensbildung der Einwohnerinnen und Einwohner sowie deren gleichberechtigte Teilhabe und unterstützt die kommunale Ebene beim Auf- und Ausbau von ermöglichenden Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung.

Das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung ruft mit dieser Bekanntmachung dazu auf, Anträge gemäß der Richtlinie zur Förderung der Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern (FRL Bürgerbeteiligung) in der zum 30. Juni 2023 gültigen Fassung zu stellen.

Sowohl jene Akteurinnen und Akteure, die schon Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung gesammelt haben, als auch jene, die bisher wenig Umgang mit strukturierter Bürgerbeteiligung hatten, sind zur Antragstellung eingeladen.

Die Förderung steht unter dem Vorbehalt verfügbarer Haushaltsmittel.

1.2 Ziele und Vorgehen

Um die Qualität und Akzeptanz politischer Entscheidungen zu verbessern sowie insbesondere die demokratische Selbstwirksamkeitserfahrung der Menschen und ihre Bindung an das Gemeinwesen zu stärken, sollen die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene weiter ausgebaut werden. Konkret sollen mit der Richtlinie Anreize für die Erprobung neuer Formate, die Stärkung der Rahmenbedingungen und die Entwicklung von ganzheitlichen Beteiligungsstrategien gesetzt werden.

Zudem soll über das „Erfahrungs- und Beratungszentrum Bürgerbeteiligung“ ein enger Austausch zu gewonnenen Erkenntnissen hinsichtlich der Durchführung von Beteiligungsformaten ermöglicht werden, um die Qualität und Quantität von partizipativen Verfahren im gesamten Freistaat zu steigern.

Das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung fördert gemäß der FRL Bürgerbeteiligung Vorhaben von Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. Die Vorgaben der FRL Bürgerbeteiligung sind maßgeblich.

1.2.1 Verlässlicher Rahmen

Voraussetzung für den nachhaltigen Erfolg und die Akzeptanz von Beteiligungsvorhaben sind klare Vereinbarungen zwischen den am Vorhaben Mitwirkenden

über die Regeln des Beteiligungsprozesses und die Erwartungen, ganz besonders hinsichtlich des Umgangs mit den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses. Dieser verlässliche Rahmen soll von den Akteurinnen und Akteuren vor Ort und im Vorfeld des angestrebten Verfahrens gemeinsam entwickelt werden. Bestandteile können unter anderem sein:

- Sicherstellung der Transparenz der für den Beteiligungsgegenstand erforderlichen Informationen,
- eine unabhängige beziehungsweise faire Moderation,
- Kommunikation auf Augenhöhe,
- gleichberechtigte Teilnahme von gesellschaftlich benachteiligten Menschen,
- die Einhegung menschen- und verfassungsfeindlicher Positionen aus dem Kreis der Teilnehmenden,
- verlässliche Vereinbarungen, was mit den Ergebnissen des Beteiligungsverfahrens nach dessen Beendigung geschehen wird.

Die Orientierung an in der Praxis erprobten Satzungen, Leitlinien und Rahmenvereinbarungen zu Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene wird nachdrücklich empfohlen.

1.2.2 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Um der politischen Partizipation in Sachsen dauerhaft mehr Gewicht zu verleihen ist es unabdingbar, Kinder und Jugendliche frühzeitig in demokratische Prozesse einzubinden. Professionell umgesetzte Beteiligungsverfahren bieten die Möglichkeit, Kindern und Jugendlichen die Bedeutung und die eigene Wirksamkeit hinsichtlich gesellschaftlichen und politischen Engagements zu vermitteln und erfahrbar zu machen. Anträge für entsprechende Fördervorhaben werden ausdrücklich begrüßt.

1.2.3 Diskriminierungsfreier Zugang

Im Rahmen aller geförderten Vorhaben ist eine geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Umsetzung der Vorhaben in ihren Verfahren und Methoden sicher zu stellen.

1.2.4 Schwerpunkt des Förderaufrufs

Schwerpunkt dieses Förderaufrufs sollen Vorhaben von Kommunen sein, die Verfahren zur Beteiligung zu einem Bürgerbudget oder die Durchführung von Bürgerräten zum Inhalt haben. Hierzu werden den Antragstellenden konzeptionelle Hinweise sowie Hinweise zu erforderlichen Umsetzungsschritten zur Verfügung gestellt. Damit sollen insbesondere kleinere Kommunen dabei unterstützt werden, Vorhaben dieser Art umsetzen zu können. Ebenso dient dies der Qualifizierung der Vorhaben sowie einer Standardisierung und Vergleichbarkeit der Anträge. Unabhängig von der Schwerpunktsetzung können auch weiterhin zu allen

Förderaspekten der Richtlinie Projektanträge gestellt werden.

2. **Zuwendungszweck**

Gemäß der Richtlinie zielt die Förderung auf die Stärkung der demokratischen Willensbildung der Einwohnerinnen und Einwohner sowie ihrer gleichberechtigten Teilhabe und die Einführung neuer Formen der politischen Bürgerbeteiligung ab.

Insbesondere sollen die folgenden Zwecke erfüllt werden:

- Die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern an politischen Willensbildungsprozessen und deren Einbindung in politische Entscheidungsprozesse auf kommunaler Ebene fördern,
- die Qualität und Quantität der Beteiligungsverfahren von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Kindern und Jugendlichen mit Bezug zu politischen Willensbildungsprozessen weiter steigern,
- die Kompetenzen bezüglich Beteiligungsverfahren zu erhöhen,
- den Erfahrungsaustausch befördern,
- neue Formen und Formate der Bürgerbeteiligung erproben,
- Rahmenbedingungen durch die Kommunen so gestalten, dass Bürgerbeteiligung in größerer Breite im Freistaat Sachsen ermöglicht und praktiziert wird.

3. **Gegenstand der Förderung**

Gefördert werden sowohl kommunale Maßnahmen als auch Vorhaben zivilgesellschaftlicher Initiativen im Bereich Bürgerbeteiligung.

A. **Kommunale Vorhaben**

A 1. **Einzelvorhaben zu Bürgerbeteiligung**

Gefördert werden Maßnahmen, die Kommunen die Möglichkeit bieten, anlassbezogenen Formate der Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern oder von Kindern und Jugendlichen zur politischen Willensbildung und Einbindung in politische Entscheidungsprozesse, zum Aufbau von Kompetenzen bei Beteiligungsprozessen sowie zum Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen sowie Akteurinnen und Akteuren im Bereich Bürgerbeteiligung durchzuführen.

Dies können einzelne Veranstaltungen und Veranstaltungsserien von begrenzter Dauer sein, wie etwa Bürgerwerkstätten, Nachbarschaftsgespräche oder Zukunftskonferenzen.

Wichtig ist hierbei auch der Kompetenzaufbau innerhalb der Kommune, das heißt bei den kommunalen Beschäftigten.

A 2. **Modellkommune Bürgerbeteiligung**

Gefördert werden Vorhaben zur Verbesserung der prozessualen und strukturellen Rahmenbedingungen oder zum Aufbau modellhafter Strukturen in einzelnen kommunalen Handlungsfeldern für die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern an politischen Willensbildungsprozessen und zur Einbindung in politische Entscheidungsprozesse auf kommunaler Ebene sowie zum Erfahrungsaustausch mit anderen Akteurinnen und Akteuren im Bereich Beteiligung.

Dies kann unter anderem das Aufstellen von Satzungen und Leitlinien für Bürgerbeteiligung umfassen.

A 3. **Bürgerkommune**

Gefördert werden Vorhaben, die die Entwicklung zur Bürgerkommune unterstützen, einschließlich der Qualitätssicherung und -steigerung bereits

angewandter Instrumente und Prozesse der Bürgerbeteiligung sowie die Ausweitung modellhaft aufgebauter Strukturen auf weitere kommunale Handlungsfelder. Darüber hinaus kann der Erfahrungsaustausch mit anderen Akteurinnen und Akteuren im Bereich Beteiligung gefördert werden.

Bei den Fördergegenständen „Modellkommune Bürgerbeteiligung“ und „Bürgerkommune“ steht die Erprobung und der Aufbau von Strukturen und Prozessen für Beteiligung im Vordergrund. Ziel ist es, Einwohnerinnen und Einwohner regelmäßig an der politischen Willensbildung zu beteiligen und sie in politische Entscheidungsprozesse einzubinden.

Die Förderung als „Modellkommune“ und „Bürgerkommune“ ist jeweils nur einmalig möglich. Hierbei werden bereits geförderte Projekte aus dem zweiten und dritten Förderaufruf berücksichtigt. Eine Förderung als „Bürgerkommune“ schließt eine spätere Förderung als „Modellkommune“ aus. Die Regelungen für Kommunen als Antragstellende werden im Folgenden unter „Teil II. Zuwendungen für kommunale Vorhaben“ erläutert.

B. **Zivilgesellschaftliche Vorhaben**

Gefördert werden Vorhaben der Zivilgesellschaft im Themenfeld der Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie von Kindern und Jugendlichen an politischen Willensbildungsprozessen, zum Aufbau von Kompetenzen bei Beteiligungsprozessen sowie zum Erfahrungsaustausch mit anderen Akteurinnen und Akteuren im Bereich Bürgerbeteiligung.

Dies können einzelne Veranstaltungen und Veranstaltungsserien von begrenzter Dauer sein wie etwa Bürgerwerkstätten, Nachbarschaftsgespräche oder Zukunftskonferenzen.

Die Regelungen für zivilgesellschaftliche Antragstellende werden im Folgenden unter „Teil III. Zuwendungen für zivilgesellschaftliche Vorhaben“ erläutert.

Teil II:

Zuwendungen für kommunale Vorhaben

1. **Zuwendungsempfangende**

Zuwendungsempfangende sind Gebietskörperschaften im Freistaat Sachsen. Eine gemeinsame Antragstellung mehrerer Gebietskörperschaften als Verbund ist möglich.

2. **Zuwendungsvoraussetzungen**

2.1 Zuwendungsfähig sind Vorhaben, die im Freistaat Sachsen durchgeführt werden. Im Einzelfall können auch länderübergreifende Projekte gefördert werden.

2.2 Zuwendungsempfangende erklären im Antrag die Bereitschaft zur Mitwirkung am „Erfahrungs- und Beratungsnetzwerk Bürgerbeteiligung“ und die Kooperation mit einer wissenschaftlichen Begleitung.

2.3 Soweit das Beteiligungsportal des Freistaates Sachsen Mittel oder Gegenstand des jeweiligen Vorhabens ist, erklären die beziehungsweise der Zuwendungsempfangende die Bereitschaft, Projektideen, Konzepte und funktionale Anforderungen für die Weiterentwicklung des Beteiligungsportals im Rahmen des „Erfahrungs- und Beratungsnetzwerks Bürgerbeteiligung“ zur Verfügung zu stellen.

- 2.4 Besteht für die zu fördernden Maßnahmen bereits eine Förderzusage durch Programme des Bundes oder der Europäischen Union, erfolgt die Förderung nach dieser Richtlinie grundsätzlich nachrangig.
- 2.5 Im Antrag der beziehungsweise des Zuwendungsempfängenden soll dargelegt werden, inwieweit zivilgesellschaftliche Initiativen und freie Träger direkt am Projekt beteiligt sind oder wie im Vorhaben Kooperationen mit diesen gestaltet werden.
- 2.6 Voraussetzung für eine Förderung als Bürgerkommune ist der bereits erfolgte Erlass von verbindlichen Satzungsregelungen hinsichtlich Bürgerbeteiligung oder der Nachweis regelmäßig praktizierter Beteiligungsformate sowie institutionalisierter Beteiligungsinstrumente außerhalb von Satzungsregelungen.
- 2.7 Die Projektpartnerinnen beziehungsweise Projektpartner müssen auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland stehen und haben eine ihr förderliche Arbeit zu gewährleisten. Die Einzelheiten sind der FRL Bürgerbeteiligung Teil 1 Ziffer III zu entnehmen.
- 2.8 Ausgeschlossen von dieser Förderung sind gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren (vergleiche FRL Bürgerbeteiligung Teil 2 Großbuchstabe A Ziffer II Nummer 2). Die Förderung darf auch nicht zur Mittelbereitstellung von Bürgerbudgets oder Bürgerhaushalten genutzt werden.
- 3. Art, Höhe und Dauer der Zuwendung**
- 3.1 Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines Zuschusses zur Deckung der projektbezogenen Personal- und Sachkosten gewährt.
- 3.2 Die Höhe der Zuwendung soll 5 000 Euro nicht unterschreiten und beträgt für die Förderung
- von „Einzelvorhaben zur Bürgerbeteiligung“ maximal 10 000 Euro einmalig je Vorhaben,
 - als „Modellkommune Bürgerbeteiligung“ maximal 35 000 Euro pro Jahr,
 - als „Bürgerkommune“ maximal 80 000 Euro pro Jahr.
- 3.3 In begründeten Einzelfällen, insbesondere bei der Beantragung als Verbund, kann die Bewilligungsbehörde eine höhere Zuwendung gewähren.
- 3.4 Vorbehaltlich verfügbarer Haushaltsmittel kann die Förderung für den Fördergegenstand der Einzelvorhaben in der Regel bis zu zwölf Monate, für die Fördergegenstände „Modellkommune Bürgerbeteiligung“ und „Bürgerkommune“ für bis zu drei Kalenderjahre gewährt werden.
- 3.5 Die Zuwendung darf 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben nicht überschreiten. Zuwendungsfähig sind ausschließlich projektbezogene Personal- und Sachausgaben, die unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit für die Erreichung des Zuwendungszwecks notwendig sind.
- 3.6 Nicht zuwendungsfähig sind Ausgaben der Geldbeschaffung und Zinsen, die bei einer Kreditaufnahme zur Beschaffung des Eigenanteils oder bei einer Vor- und Zwischenfinanzierung entstehen. Die Sach- und Gemeinkosten eines beantragten Arbeitsplatzes bei

Gebietskörperschaften können nicht gefördert werden. Diese Kosten sind durch die Gebietskörperschaft selbst zu tragen und können auch nicht als förderfähige Ausgaben angesetzt werden.

Teil III:

Zuwendungen für zivilgesellschaftliche Vorhaben

1. Zuwendungsempfängende

Zuwendungsempfängende sind gemeinnützige Vereine, Verbände, Stiftungen oder gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Es ist ausdrücklich vorgesehen, dass Zuwendungsempfängende im Freistaat Sachsen ansässig und lokal verankert sind. In begründeten Fällen kann davon abgewichen werden.

2. Zuwendungsvoraussetzungen

2.1 Zuwendungsfähig sind Vorhaben zur Bürgerbeteiligung, die im Freistaat Sachsen durchgeführt werden. Im Einzelfall können auch länderübergreifende Projekte gefördert werden.

2.2 Zuwendungsempfängende erklären im Antrag die Bereitschaft zur Mitwirkung am „Erfahrungs- und Beratungsnetzwerk Bürgerbeteiligung“ und die Kooperation mit einer wissenschaftlichen Begleitung.

2.3 Soweit das Beteiligungsportal des Freistaates Sachsen Mittel oder Gegenstand des jeweiligen Vorhabens ist, erklärt die beziehungsweise der Zuwendungsempfängende die Bereitschaft, Projektideen, Konzepte und funktionale Anforderungen für die Weiterentwicklung des Beteiligungsportals im Rahmen des „Erfahrungs- und Beratungsnetzwerks Bürgerbeteiligung“ zur Verfügung zu stellen.

2.4 Besteht für die zu fördernden Maßnahmen bereits eine Förderzusage durch Programme des Bundes oder der Europäischen Union, erfolgt die Förderung nach dieser Richtlinie grundsätzlich nachrangig.

2.5 Im Antrag der beziehungsweise des Zuwendungsempfängenden soll dargelegt werden, wie die Kooperation mit unmittelbar betroffenen Gebietskörperschaften ausgestaltet werden soll. Dem Antrag soll zudem ein Unterstützungsschreiben der unmittelbar betroffenen Gebietskörperschaften beigelegt werden.

2.6 Ausgeschlossen von der Förderung sind Vorhaben, die sich gegen eine abschließende Entscheidung der unmittelbar betroffenen Gebietskörperschaft richten. Ausnahmen sind zulässig, wenn das für die Entscheidung zuständige Organ der unmittelbar betroffenen Gebietskörperschaft den Antrag unterstützt.

2.7 Die Träger und Projektpartnerinnen beziehungsweise Projektpartner aller geförderten Vorhaben müssen auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland stehen und haben eine ihr förderliche Arbeit zu gewährleisten. Die Einzelheiten sind der FRL Bürgerbeteiligung Teil 1 Ziffer III zu entnehmen.

3. Art, Höhe und Dauer der Zuwendung

3.1 Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines Zuschusses zur Deckung der projektbezogenen Personal- und Sachkosten gewährt.

- 3.2 Die Höhe der Zuwendung soll 5 000 Euro nicht überschreiten und maximal 80 000 Euro pro Jahr betragen.
- 3.3 In begründeten Einzelfällen kann die Bewilligungsbehörde eine höhere Zuwendung gewähren.
- 3.4 Vorbehaltlich verfügbarer Haushaltsmittel kann die Förderung für bis zu zwei Kalenderjahre gewährt werden.
- 3.5 Die Zuwendung darf 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben nicht überschreiten. Zuwendungsfähig sind ausschließlich projektbezogene Personal- und Sachausgaben, die unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit für die Erreichung des Zuwendungszwecks notwendig sind.
- 3.6 Als Eigenanteile gelten auch projektbezogene unbare Leistungen. Diese können bis zur Hälfte des erforderlichen Eigenanteils als Arbeitsleistungen in Form von unbezahlten freiwilligen Arbeitsstunden erfolgen, wobei nur unterstützendes ehrenamtliches Engagement berücksichtigt werden kann; die Stundenbewertung entspricht der Höhe des jeweils gültigen Mindestlohns gemäß § 1 Absatz 2 des Mindestlohngesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juni 2022 (BGBl. I S. 969) geändert worden ist. Ferner können Sachleistungen in Form von Raummieten als solche unbaren Leistungen angesehen werden. Der Mietpreis richtet sich nach dem gültigen Wert gemäß Mietspiegel beziehungsweise ortsüblicher Miete. Der Wert der unbaren Leistungen muss im Einzelnen in der Antragsstellung und im Verwendungsnachweisverfahren dargestellt werden.
- 3.7 Nicht zuwendungsfähig sind Ausgaben der Geldbeschaffung und Zinsen, die bei einer Kreditaufnahme zur Beschaffung des Eigenanteils oder bei einer Vor- und Zwischenfinanzierung entstehen.

Teil IV:

Evaluation und Erfolgskontrolle

Ziel des Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung ist es, die mittel- und langfristige Wirkung der Förderung zu ermitteln. Da die Quantifizierung der gesetzten Ziele im Bereich Bürgerbeteiligung aufgrund der Komplexität des Themenbereichs nicht unmittelbar möglich ist, wird ein aus drei Elementen bestehendes Evaluations- und Erfolgskontrollverfahren angestrebt.

1. Verwendungsnachweis und Sachbericht

Die Entwicklung der geförderten Maßnahmen sowie deren Potenziale sollen auf Basis der durch die Träger vorgelegten Dokumentationen evaluiert werden. Dem Verwendungsnachweis sind ein wirkungsorientierter Sachbericht zur Zielerreichung und eine Bewertung des jeweiligen Projektes beizufügen. Für mehrjährige Vorhaben ist zusätzlich ein jährlicher Sachbericht innerhalb von vier Monaten nach Jahreswechsel vorzulegen. Abweichungen hiervon können beim Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung beantragt werden.

Für die Erstellung des Sachberichts wird den Zuwendungsempfängenden eine Gliederungsvorlage mit einem Fragenkatalog zur Verfügung gestellt.

In dem Sachbericht ist unter anderem auf die verwendeten Formate, die Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit, etwaige Kooperationen zwischen Kommunen und Zivilgesellschaft sowie die erreichten inhaltlichen Ergebnisse und Wirkungen des Vorhabens einzugehen. Weitere Informationen zu den geforderten Inhalten des Sachberichts entnehmen Sie bitte der Website: <https://www.beteiligen.sachsen.de>.

2. Mitwirkung bei der wissenschaftlichen Begleitung

Die geförderten Vorhaben werden durch eine unabhängige Institution wissenschaftlich begleitet. Hierbei ist es insbesondere Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung, Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Methoden und Formaten der Bürgerbeteiligung und der Fördermodalitäten zu geben.

Gegenstand der wissenschaftlichen Analyse wird unter anderem sein, ob und auf welche Weise ein verlässlicher Rahmen für das Verfahren festgelegt wurde und inwieweit dieser das Ergebnis des geförderten Vorhabens beeinflusst hat (vergleiche Teil I Punkt 1.2.1). Hinsichtlich der unmittelbaren Wirksamkeit konkreter Beteiligungsverfahren wird zu beobachten sein, inwieweit es gelingt, die fachliche Qualität von Entscheidungen vor Ort durch Beteiligung zu stärken und ob sich eine höhere Akzeptanz einzelner politischer Entscheidungen durch das Beteiligungsverfahren beobachten lässt.

Für mittel- und längerfristige Auswertungen über die einzelnen Formate hinaus wird geprüft, inwieweit die über die Richtlinie geförderten Beteiligungsprojekte und andere Beteiligungsverfahren zur Entwicklung einer partizipativen demokratischen Kultur in Sachsen beitragen können.

Weitere Informationen zu Inhalt und Kriterien der wissenschaftlichen Begleitung entnehmen Sie bitte der Website: <https://www.beteiligen.sachsen.de>.

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung werden dem „Erfahrungs- und Beratungsnetzwerk Bürgerbeteiligung“ (vergleiche Teil IV Punkt 3) zur Verfügung gestellt.

3. Mitwirkung im „Erfahrungs- und Beratungsnetzwerk Bürgerbeteiligung“

Als drittes Element ist ein landesweites „Erfahrungs- und Beratungsnetzwerk Bürgerbeteiligung“ vorgesehen, das der Vernetzung der Akteurinnen und Akteure im Bereich Bürgerbeteiligung untereinander, der Qualitätssicherung der Arbeit in den Projekten und dem gegenseitigen Austausch dienen soll.

Erfahrungen aus den geförderten Beteiligungsvorhaben und -prozessen sollen unter den Zuwendungsempfängenden sowie weiteren Akteurinnen und Akteuren vorgestellt und ausgetauscht werden und so zur weiteren Qualifizierung auf peer-to-peer-Ebene beitragen.

Zusätzlich sollen die Ergebnisse und Erfahrungen aus den geförderten Vorhaben auf der Website <https://www.beteiligen.sachsen.de> in angemessener Weise dargestellt werden. Hierbei ist vom Zuwendungsempfängenden entsprechendes Text- und Bildmaterial zur Verfügung zu stellen und sicherzustellen, dass die notwendigen Bild- und Verwendungsrechte vorliegen.

Teil V:
Verfahren

1. Antragstellung

Das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung fordert potenzielle Zuwendungsempfänger auf, einen Antrag auf Förderung nach der FRL Bürgerbeteiligung zu stellen.

1.1 Antragsfristen

Erst mit Veröffentlichung der überarbeiteten FRL Bürgerbeteiligung können Anträge auf Grundlage dieser Bekanntmachung gestellt werden. Die Anträge sind bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) als Bewilligungsbehörde

bis zum 26. September 2023

vollständig in das Förderportal der SAB elektronisch hochzuladen.

Das im Förderportal elektronisch erzeugte Antragsformular ist auszudrucken, von der zeichnungsbefugten Person zu unterschreiben und bis spätestens fünf Werktage nach Einreichungsfrist hochzuladen.

Für die Antragstellung sind die Vorlagen der Bewilligungsbehörde zu verwenden. Diese sind zeitnah auf der Seite <https://www.sab.sachsen.de> abrufbar.

Ein verspäteter Eingang der Anträge führt zum Ausschluss aus dem Antragsverfahren. Eine Beteiligung an späteren erneuten Aufrufen zur Antragstellung bleibt möglich. Individuelle Fristverlängerungen sind ausgeschlossen.

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der Webseite <https://www.beteiligen.sachsen.de>.

1.2 Ansprechpersonen

Für fachliche Fragen und eine Beratung zur Antragstellung erreichen Sie das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung unter der Telefonnummer 0351 564-165 24 oder der E-Mail-Adresse fri-beteiligung@smj.justiz.sachsen.de.

Für Fragen zum SAB-Förderportal steht Ihnen das Servicecenter der SAB unter der Telefonnummer 0351 4910 4930 oder per E-Mail bildung@sab.sachsen.de zur Verfügung.

1.3 Inhalte

Der Antrag muss, neben der Gesamtzielsetzung, eine Beschreibung der vorgesehenen einzelnen Bestandteile des Vorhabens (Vorhabenbeschreibung) sowie eine konkrete Kosten-, Zeit- und Personalplanung enthalten.

Die folgenden Vorlagen sind zu nutzen:

- Trägerinformationsblatt und Anzeige der Zeichnungsbefugten (1.4)
- Vorhabenbeschreibung (1.5)
- Ausgaben- und Finanzierungsplan (1.6)
- Projektplan (1.7)
- Kommunales Unterstützungsschreiben (1.8)

Informationen zu den Antragsformularen sind den Internetseiten des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zu entnehmen:

<https://www.beteiligen.sachsen.de>

1.4 Darstellung des Trägers

Hierfür ist das Trägerinformationsblatt zwingend zu nutzen.

Zusätzlich haben zivilgesellschaftliche Träger die Zeichnungsbefugten anzuzeigen und in dem entsprechenden Formular eine Unterschriftsprobe zu leisten. Eine Kopie des Personalausweises aller zeichnungsbefugten Personen ist zur Prüfung der Unterschrift mit einzureichen.

1.5 Vorhabenbeschreibung

Die Vorhabenbeschreibung ist gemäß der Vorlage einzureichen. Sie soll bei einem Antragsvolumen bis 10 000 EUR den Umfang von acht Seiten, bei Förderanträgen mit einem höheren Volumen den Umfang von 20 Seiten nicht überschreiten. Es werden klare, aussagekräftige und konkrete Ausführungen zur geplanten Projektumsetzung erwartet. Die geplante Projektumsetzung ist nicht nur allgemein, sondern detailliert in den einzelnen Projektbausteinen zu erläutern.

1.5.1 Beschreibung Status Quo

Erfahrungen und Kompetenzen des Trägers:

- vorhandene Erfahrungen im Bereich Bürgerbeteiligung,
- bisherige Erfahrung des Trägers bei der Umsetzung von Förderprojekten,
- Beschreibung der lokalen Verankerung des Trägers (bei zivilgesellschaftlichen Anträgen),
- sonstige bisherige Tätigkeiten.

Beschreibung der lokalen Gegebenheiten:

- kurze Situationsanalyse mit Beschreibung der Gegebenheiten vor Ort,
- Darstellung, ob bereits Bürgerbeteiligungsverfahren im näheren Umkreis durchgeführt wurden,
- aussagekräftige Analyse des Bedarfs hinsichtlich des angestrebten Vorhabens.

1.5.2 Gesamtzielsetzung

Die Ziele, die der Träger mit dem Beteiligungsverfahren umsetzen möchte, sind darzulegen.

1.5.3 Projekthinhalt

Die vorgesehenen Zielgruppen, die geplanten Aktivitäten sowie die einzelnen Maßnahmen sollen konkret und nachvollziehbar beschrieben werden.

Es ist darzustellen, in welcher Art und Weise die Anforderungen an einen verlässlichen Rahmen (vergleiche Teil I. Punkt 1.2.1) bei der Durchführung des Projekts umgesetzt beziehungsweise erfüllt werden sollen.

Zusätzlich soll das Potenzial des Vorhabens für die Stärkung der konstruktiven politischen Willensbildung realistisch dargelegt sowie die Auswirkungen des Vorhabens auf die nachhaltige Entwicklung einer örtlichen Beteiligungskultur erläutert werden.

1.5.4 Öffentlichkeitsarbeit: Informieren, Aktivieren, Vernetzen

Der Träger hat darzulegen, welche Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit geplant sind. Es soll unter anderem beschrieben werden, über welche Kanäle die Öffentlichkeit über das Verfahren informiert wird, aber auch, wie die Ergebnisse kommuniziert werden sollen.

Die Methoden der Ansprache der Zielgruppen sind zu beschreiben. Es ist darzulegen, wie die potenziellen Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor und während der Bürgerbeteiligungsverfahren erreicht und in das Verfahren eingebunden werden sollen. Darüber hinaus soll deutlich werden, wie nicht unmittelbar beteiligte

aber betroffene Gesellschaftsgruppen in den Kommunikationsprozess eingebunden werden. Darüber hinaus ist darzulegen, ob und wie weitere Akteurinnen und Akteure am Vorhaben beteiligt werden. Die Einbindung des Projektes in die lokale Netzwerkstruktur soll ersichtlich werden.

1.5.5 Kooperationen

Bei Vorhaben zivilgesellschaftlicher Initiativen wird von einer Kooperation mit der jeweiligen Gebietskörperschaft ausgegangen.

In der Vorhabenbeschreibung von zivilgesellschaftlichen Trägern soll dargelegt werden, wie die Kooperation mit der betroffenen Kommune ausgestaltet werden soll.

In Anträgen von Kommunen soll dargelegt werden, inwieweit freie Träger direkt am Projekt beteiligt sind oder wie Kooperationen mit freien Trägern im Rahmen des Vorhabens gestaltet werden.

1.6 Ausgaben- und Finanzierungsplan

Die Gesamtausgaben sind, gegliedert nach geplanten Personal- und Sachkosten pro Jahr, darzustellen. Hierfür ist die Vorlage Ausgaben- und Finanzierungsplan zwingend zu nutzen.

Der Eigenanteil in Höhe von mindestens zehn Prozent der Gesamtprojektkosten ist nachzuweisen.

1.7 Zeit- und Personalplanung

Ein (grober) Zeitplan mit geplanten Meilensteinen ist einzureichen. Hierfür ist die Vorlage Projektplan zwingend zu nutzen.

Anzahl sowie Qualifikation und Kompetenzen des für den Einsatz im Projekt geplanten Personals sind zu beschreiben.

1.8 Kommunales Unterstützungsschreiben

Um die Unterstützung durch die unmittelbar betroffene Gebietskörperschaft darzulegen, soll dem Antrag von zivilgesellschaftlichen Trägern, nach FRL Bürgerbeteiligung Teil 1 Ziffer IV. Nummer 5, ein von der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister beziehungsweise Beigeordneten unterzeichnetes, unterstützendes Schreiben der Kommune gemäß der zur Verfügung gestellten Vorlage beigelegt werden. Es kann bis zu zwei Wochen nach Antragsfrist nachgereicht werden.

Es obliegt der beziehungsweise dem Antragstellenden zu prüfen, inwieweit weitere Beauftragte der jeweiligen Gebietskörperschaft einzubeziehen sind.

Sofern bei Antragstellung kein kommunales Unterstützungsschreiben vorliegt und keine Nachreichung gemeldet ist, wird der betroffenen Gebietskörperschaft vor der Entscheidung über den Antrag Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme gegeben. Aufgrund einer Frist von sechs Wochen für die Abgabe der Stellungnahme wird sich die Entscheidung über den Antrag zeitlich verzögern.

1.9 Selbstverpflichtung

Die Träger sowie Projektpartnerinnen und Projektpartner aller geförderten Vorhaben müssen auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland stehen und haben eine ihr förderliche Arbeit zu gewährleisten (vergleiche FRL Bürgerbeteiligung Teil 1 Ziffer III).

Eine entsprechende Auflage wird im Bewilligungsbescheid mit aufgenommen.

1.10 Kein Rechtsanspruch auf Zuwendung

Es besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung. Die Auswahl der Projektträger erfolgt unter Berücksichtigung der vorhandenen Haushaltsmittel.

1.11 Informationsveranstaltungen

Das Staatsministerium wird während der Laufzeit der Förderbekanntmachung mehrere Informationsveranstaltungen für Fragen zur Antragstellung anbieten. Die Termine hierfür werden unter <https://www.beteiligen.sachsen.de> veröffentlicht.

2. Prüfung und Bewertung der Anträge

2.1 Prüfung

Die eingegangenen Förderanträge werden vom Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung auf ihre Förderfähigkeit geprüft und hinsichtlich ihrer Förderwürdigkeit fachlich bewertet.

Bei der fachlichen Bewertung bezieht das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung die beratende Empfehlung eines externen Fachbeirats sowie die Stellungnahmen der jeweils fachlich unmittelbar betroffenen Ressorts der Staatsregierung mit ein.

Bei Anträgen aus der Zivilgesellschaft fließt zudem das Unterstützungsschreiben beziehungsweise die Stellungnahme der jeweiligen unmittelbar betroffenen Gebietskörperschaften (vergleiche Teil V Punkt 1.8) in die Bewertung mit ein.

2.2 Bewertungskriterien

Die Bewertung der eingegangenen Anträge richtet sich an formalen und inhaltlichen Kriterien aus:

- a Qualität der Status Quo-Beschreibung, vergleiche Teil V Punkt 1.5.1,
- b Qualität des Projektinhalts, vergleiche Teil V Punkt 1.5.3:
 - ba Zielgruppen, Aktivitäten und Maßnahmen
 - bb verlässlicher Rahmen für die Durchführung des Vorhabens,
 - bc Potenzial des Vorhabens für die konstruktive politische Willensbildung,
 - bd Potenzial für die nachhaltige Entwicklung einer örtlichen Beteiligungskultur,
- c Qualität und Eignung der geplanten Maßnahmen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, vergleiche Teil V Punkt 1.5.4,
- d Qualität des Projektmanagements, insbesondere einer realistischen und wirtschaftlichen Kosten-, Zeit- und Personalplanung, vergleiche Teil V Punkt 1.6 und 1.7,
- e Evaluation und Nachhaltigkeit.

Darüber hinaus können in die Förderentscheidung auch die Gemeindegröße sowie regionale Gesichtspunkte und die unterschiedlichen Entwicklungsstände im Themenfeld Bürgerbeteiligung mit einfließen. Hierbei wird dem Förderzweck der FRL Bürgerbeteiligung Rechnung getragen, die Qualität und Quantität von Beteiligungsprojekten im Freistaat Sachsen dauerhaft zu erhöhen und Bürgerbeteiligung in größerer Breite zu ermöglichen.

3. Abwicklung der Förderung

3.1 Zeitpunkt der Bewilligung

Voraussichtlich kann mit den Bewilligungen zum Jahresende 2023 beziehungsweise im Januar 2024 gerechnet werden. Dementsprechend ist der Projektanlauf zu planen.

3.2. Auszahlung

Für zivilgesellschaftliche Träger sind auf Antrag Auszahlungen als Vorauszahlungen möglich.

Für Gebietskörperschaften sind bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2024 Vorauszahlungen nach Stellung eines entsprechenden Auszahlungsantrages insoweit und nicht eher möglich, als die Zuwendung voraussichtlich innerhalb von sechs Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungszwecks benötigt werden. Mit dem Haushaltsjahr 2025 erfolgen Auszahlungen gemäß Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften als Anlage 3 der Verwaltungsvorschriften des

Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178).

3.3. Hinweise zur Förderung

Weitere Hinweise zur Förderung sind den Internetseiten des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zu entnehmen: <https://www.beteiligen.sachsen.de>.

Dresden, den 14. Juni 2023

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Dr.in Andrea Blumtritt
Abteilungsleiterin

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der FRL Tourismus

Vom 12. Juni 2023

I.

Die FRL Tourismus vom 20. November 2020 (Sächs-ABI. S. 1379), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 2. Dezember 2021 (SächsABI. SDr. S. S 219), wird wie folgt geändert:

1. Ziffer I Nummer 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Buchstabe a wird die Angabe „14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782)“ durch die Angabe „21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578)“ ersetzt.
 - b) In Buchstabe b werden die Wörter „23. Oktober 2019 (SächsABI. S. 1590) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABI. SDr. S. S 352)“ durch die Wörter „23. November 2022 (SächsABI. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in

der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABI. SDr. S. S 178)“ ersetzt.

2. Ziffer VI Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„5. Anforderungs- und Auszahlungsverfahren
Die Auszahlung erfolgt nach der Sächsischen Haushaltsordnung und ist unter Verwendung des Musters der SAB schriftlich zu beantragen. Das Auszahlungsverfahren nach Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung ist dafür zugelassen.“

II.

Diese Richtlinie tritt am 1. Juli 2023 in Kraft.

Dresden, den 12. Juni 2023

Die Staatsministerin für Kultur und Tourismus
beim Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Barbara Klepsch

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der RL Inklusion

Vom 10. Juni 2023

I.

Die RL Inklusion vom 20. Juni 2017 (SächsABI. S. 964), die durch die Richtlinie vom 10. Dezember 2019 (SächsABI. SDr. 2020 S. S 10) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 2. Dezember 2021 (SächsABI. SDr. S. S 219), wird wie folgt geändert:

1. In Ziffer 1 Nummer 3 werden die Wörter „Artikel 13 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (SächsGVBl. S. 630)“ durch die Wörter „Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578)“ ersetzt.
2. Der Ziffer VI wird folgende Nummer 7 angefügt:
„7. Für Bewilligungen bis zum 31. Dezember 2024 findet für die Auszahlung der Zuwendung an kommunale Körperschaften abweichend von Nummer 7.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung ein Vorauszahlungsverfahren entsprechend Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung. Auszahlungen sind danach auf Antrag nur insoweit und nicht eher möglich, als die Zuwendung voraussichtlich innerhalb von sechs Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungszwecks benötigt werden. Für Bewilligungen ab dem 1. Januar 2025 findet für die Auszahlung der Zuwendung an kommunale Körperschaften das Auszahlungsverfahren nach Nummer 7.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung.“

3. Ziffer VII wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 2 werden die Wörter „2. Februar 2017 (SächsABI. S. 254), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2015 (SächsABI. SDr. S. S 374)“ durch die Wörter „23. November 2022 (SächsABI. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABI. SDr. S. S 178)“ ersetzt.
- b) Folgende Nummer 3 wird angefügt:
„3. Für die Projektförderungen erfolgen abweichend von Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Auszahlungen an nicht kommunale Zuwendungsempfänger entsprechend Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung projektindividuell in Form von Vorauszahlungen aufgrund entsprechender Auszahlungsanträge des Zuwendungsempfängers gegenüber der Bewilligungsbehörde. Die Höhe dieser Mittelabforderungen ergibt sich aus dem voraussichtlich für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungszwecks benötigten Mittelbedarf für die nächsten sechs Monate nach Auszahlung.“

II.

Diese Richtlinie tritt am 1. Juli 2023 in Kraft.

Dresden, den 10. Juni 2023

Die Staatsministerin für Kultur und Tourismus
beim Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Barbara Klepsch

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der Förderrichtlinie Kunst und Kultur

Vom 12. Juni 2023

I.

Ziffer I der Förderrichtlinie Kunst und Kultur vom 18. März 2019 (SächsABl. S. 566), die durch die Richtlinie vom 10. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. 2020 S. S 9) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 2. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 219), wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 Buchstabe a wird die Angabe „14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782)“ durch die Angabe „21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578)“ und die Wörter „27. Februar 2019 (SächsABl. S. 451)“ geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 8. Dezember 2017 (SächsABl. SDr. S. S 378)“ durch die Wörter „23. November 2022 (SächsABl. S. 1423)“ geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178)“ ersetzt.
2. Nummer 4 wird folgender Buchstabe d angefügt:
„d) Für Bewilligungen nach den Ziffern II und III an kommunale Körperschaften findet für die Auszahlung der Zuwendung bis zum 31. Dezember 2024 abweichend von Nummer 7.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung ein Vorauszahlungsverfahren entsprechend Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung. Auszahlungen sind danach auf Antrag nur insoweit und nicht eher möglich, als die Zuwendung voraussichtlich innerhalb von sechs Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im

Rahmen des Zuwendungswecks benötigt werden. Für Bewilligungen ab dem 1. Januar 2025 findet für die Auszahlung der Zuwendung an kommunale Körperschaften das Auszahlungsverfahren nach Nummer 7.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung.“

3. Nummer 5 werden die folgenden Buchstaben d und e angefügt:
„d) Für die Projektförderungen nach Ziffer III erfolgen abweichend von Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Auszahlungen an nicht kommunale Zuwendungsempfänger entsprechend Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung projektindividuell in Form von Vorauszahlungen aufgrund entsprechender Auszahlungsanträge des Zuwendungsempfängers gegenüber der Bewilligungsbehörde. Die Höhe dieser Mittelabforderungen ergibt sich aus dem voraussichtlich für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungszwecks benötigten Mittelbedarf für die nächsten sechs Monate nach Auszahlung.
e) Für alle Auszahlungen gelten abweichend von Nummer 7.7 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung sowie Nummer 7.5 der VVK keine Untergrenzen.“

II.

Diese Richtlinie tritt am 1. Juli 2023 in Kraft.

Dresden, den 12. Juni 2023

Die Staatsministerin für Kultur und Tourismus
beim Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Barbara Klepsch

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der Förderrichtlinie Kulturelle Bildung

Vom 10. Juni 2023

I.

Die Förderrichtlinie Kulturelle Bildung vom 19. Juli 2022 (SächsABl. S. 893) wird wie folgt geändert:

1. Teil 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Ziffer I Nummer 2 Buchstabe b wird die Angabe „16. Dezember 2021 (SächsABl. 2022 S. 2)“ durch die Angabe „23. November 2022 (SächsABl. S. 1423)“ ersetzt.
- b) Ziffer IV wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Nummer 2 werden die folgenden Nummern 3 und 4 eingefügt:
 - „3. Für die Projektförderungen erfolgen abweichend von Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Auszahlungen an nicht kommunale Zuwendungsempfänger entsprechend Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung projektindividuell in Form von Vorauszahlungen aufgrund entsprechender Auszahlungsanträge des Zuwendungsempfängers gegenüber der Bewilligungsbehörde. Die Höhe dieser Mittelabforderungen ergibt sich aus dem voraussichtlich für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungsrechts benötigten Mittelbedarf für die nächsten sechs Monate nach Auszahlung.“
 4. Für Teilauszahlungen gelten abweichend von Nummer 7.7 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung sowie Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften (VVK, Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung) die Untergrenzen nicht.“
 - bb) Die bisherigen Nummern 3 und 4 werden die Nummern 5 und 6.
- c) Der Ziffer V wird folgende Nummer 5 angefügt:
 - „5. Für Bewilligungen bis zum 31. Dezember 2024 findet für die Auszahlung der Zuwendung an kommunale Körperschaften abweichend von Nummer 7.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung ein Vorauszahlungsverfahren entsprechend Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung. Auszahlungen sind danach auf Antrag nur insoweit und nicht eher möglich, als die Zuwendung voraussichtlich innerhalb von sechs Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungswecks

benötigt werden. Für Bewilligungen ab dem 1. Januar 2025 findet für die Auszahlung der Zuwendung an kommunale Körperschaften das Auszahlungsverfahren nach Nummer 7.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung.“

2. Teil 2 wird wie folgt geändert:

- a) Dem Großbuchstabe B Ziffer IV Nummer 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die Höhe der Zuwendung kann abweichend von Nummer 1.2 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung auch unter 2 500 Euro liegen.“
- b) Dem Großbuchstabe C Ziffer IV Nummer 4 werden folgende Sätze angefügt:

„Im Fall einer Weiterleitung durch den Zuwendungsempfänger (Erstempfänger) an nicht kommunale Letztempfänger werden die Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P, Anlage 2 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung) zum Bestandteil des Zuwendungsverhältnisses; für die Auszahlung an nicht kommunale Letztempfänger gilt für Auszahlungen abweichend von Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung das Vorauszahlungsverfahren nach Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung.
Im Fall einer Weiterleitung durch den Zuwendungsempfänger (Erstempfänger) an kommunale Letztempfänger werden die ANBest-K zum Bestandteil des Zuwendungsverhältnisses. Für Bewilligungen bis zum 31. Dezember 2024 findet für die Auszahlung der Zuwendung an kommunale Körperschaften abweichend von Nummer 7.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung ein Vorauszahlungsverfahren entsprechend Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung. Auszahlungen sind danach auf Antrag nur insoweit und nicht eher möglich, als die Zuwendung voraussichtlich innerhalb von sechs Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungswecks benötigt werden. Für Bewilligungen ab dem 1. Januar 2025 findet für die Auszahlung der Zuwendung an kommunale Körperschaften das Auszahlungsverfahren nach Nummer 7.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung.“

II.

Diese Richtlinie tritt am 1. Juli 2023 in Kraft.

Dresden, den 10. Juni 2023

Die Staatsministerin für Kultur und Tourismus
beim Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Barbara Klepsch

**Dritte Verwaltungsvorschrift
des Sächsischen Staatsministeriums
für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
zur Änderung der VwV Zuwendungen Strukturmaßnahmen
Sächsisches Kulturraumgesetz**

Vom 10. Juni 2023

I.

Der Ziffer VI der VwV Zuwendungen Strukturmaßnahmen Sächsisches Kulturraumgesetz vom 8. August 2013 (SächsABl. S. 894), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 5. Dezember 2018 (SächsABl. S. 1551) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 2. Dezember 2021 (SächsABl. SDR. S. S219), werden nach der Nummer 4 die folgenden Nummern 5 und 6 angefügt:

„5. Für die Projektförderungen erfolgen abweichend von Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Auszahlungen an nicht kommunale Zuwendungsempfänger entsprechend Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung projektindividuell in Form von Vorauszahlungen aufgrund entsprechender Auszahlungsanträge des Zuwendungsempfängers gegenüber der Bewilligungsbehörde. Die Höhe dieser Mittelabforderungen ergibt sich aus dem voraussichtlich für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungszwecks benötigten Mittelbedarf für die nächsten sechs Monate nach Auszahlung.

6. Für Bewilligungen bis zum 31. Dezember 2024 findet für die Auszahlung der Zuwendung an kommunale Körperschaften abweichend von Nummer 7.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung ein Vorauszahlungsverfahren entsprechend Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung. Auszahlungen sind danach auf Antrag nur insoweit und nicht eher möglich, als die Zuwendung voraussichtlich innerhalb von sechs Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungszwecks benötigt werden. Für Bewilligungen ab dem 1. Januar 2025 findet für die Auszahlung der Zuwendung an kommunale Körperschaften das Auszahlungsverfahren nach Nummer 7.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung.“

II.

Diese Richtlinie tritt am 1. Juli 2023 in Kraft.

Dresden, den 10. Juni 2023

Die Staatsministerin für Kultur und Tourismus
beim Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Barbara Klepsch

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der Förderrichtlinie Georgius-Agricola-Stipendien

Vom 13. Juni 2023

I.

Die Förderrichtlinie Georgius-Agricola-Stipendien vom 17. Dezember 2004 (SächsABl. 2005 S. 14), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 2. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 219), wird wie folgt geändert:

1. Großbuchstabe A wird wie folgt geändert:

- a) In Ziffer I werden die Wörter „§§ 23, 44 der Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen (Sächsische Haushaltsordnung – SäHO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die durch Artikel 10 des Gesetzes vom 13. Dezember 2002 (SächsGVBl. S. 333, 352)“ durch die Wörter „§§ 23, 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578)“ ersetzt.
- b) Ziffer II Nummer 1 Satz 2 wird aufgehoben.

2. Großbuchstabe B wird wie folgt geändert:

- a) Ziffer I Nummer 6 und 7 werden wie folgt gefasst:
 - „6. Verfahren
 - a) Die Stipendien werden jährlich durch das Studentenwerk Dresden ausgeschrieben. Die Anträge auf erstmalige Förderung sind von den Antragstellerinnen und Antragstellern beim Studentenwerk Dresden über das Akademische Auslandsamt der jeweiligen Hochschule zu stellen. Zusammen mit dem Förderantrag sind die für die Entscheidung über die Hochschulzulassung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.
 - b) Das Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus teilt dem Studentenwerk Dresden jährlich mit, welche Mittel für Stipendien nach Maßgabe des Staatshaushaltes zur Verfügung gestellt werden können und erteilt die Bewirtschaftungsbefugnis.
 - c) Die Hochschulen entscheiden, ob die Antragstellerin oder der Antragsteller für das beabsichtigte Studium die Zuwendungsvoraussetzungen erfüllt. Bei positiver Entscheidung holen die Hochschulen von der Antragstellerin oder dem Antragsteller die Verpflichtung zur Einhaltung der Studien- und Prüfungsordnung ein. Sie entscheiden über die Vorschläge für die Vergabe der Stipendien und leiten ihre Förderempfehlung zusammen mit den vollständigen Unterlagen dem Studentenwerk Dresden zu.
 - d) Das Studentenwerk Dresden erlässt nach Prüfung der von den Hochschulen eingereichten Unterlagen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel und unter Beachtung des Haushaltsvorbehalts den Zuwendungsbescheid gegenüber dem Antragsteller. Können mit den vorhandenen

Mitteln nicht alle bewilligungsfähigen Anträge genehmigt werden, trifft das Studentenwerk Dresden im Benehmen mit den Hochschulen eine Auswahl.

- e) Die Auszahlung des Stipendienbetrages veranlasst das Studentenwerk Dresden. Sie erfolgt monatlich auf ein Konto der Stipendiatin oder des Stipendiaten.
 - f) Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178), soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.
- ### **7. Vorzulegende Nachweise und Unterlagen**
- Der Antragsteller hat folgende Nachweise zu erbringen:
- a) einen Identitätsnachweis,
 - b) den Nachweis des Aufenthaltstitels, sofern nach dem Aufenthaltsgesetz vorgeschrieben,
 - c) den Nachweis der Immatrikulationsbescheinigung und
 - d) einen Nachweis der erforderlichen Deutschkenntnisse.“
- b) Ziffer II Nummer 6 und 7 wird wie folgt gefasst:
 - „6. Verfahren
 - a) Stipendien werden auf Antrag gewährt. Antragsberechtigt sind Studentinnen und Studenten höherer Semester und Graduierte aus den genannten Herkunftsländern. Anträge auf erstmalige Förderung sind beim Studentenwerk über das Akademische Auslandsamt der jeweiligen Hochschule zu stellen. Zusammen mit dem Förderungsantrag sind die für die Entscheidung über die Hochschulzulassung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.
 - b) Das Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus teilt jeder Hochschule jährlich mit, welche Mittel für Stipendien nach Maßgabe des Staatshaushaltes zur Verfügung stehen und erteilt dem zuständigen Studentenwerk die entsprechende Bewirtschaftungsbefugnis. Die Hochschulen entscheiden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel über die Vergabe der Stipendien. Die interne Zuständigkeit und gegebenenfalls weitere akademische

Vergabekriterien regeln die Hochschulen. Die Hochschulen prüfen abschließend, ob die Antragstellerin oder der Antragsteller für das beabsichtigte Studium die Zulassungs- und Fördervoraussetzungen erfüllt. Bei positiver Entscheidung vereinbaren die Hochschulen mit der Antragstellerin oder dem Antragsteller einen Studienplan und holen die Verpflichtung zur Rückkehr ein. Sie leiten ihre Förderempfehlung zusammen mit den vollständigen Unterlagen dem zuständigen Studentenwerk zu. Dieses erlässt nach Prüfung der von den Hochschulen eingereichten Unterlagen den Zuwendungsbescheid gegenüber der Studienbewerberin oder dem Studienbewerber für den Zeitraum der Förderung, über den das Studentenwerk verfügen kann.

- c) Die Auszahlung des Stipendienbetrages veranlasst das Studentenwerk Dresden. Sie erfolgt monatlich auf das Konto der Stipendiatin oder des Stipendiaten.
- d) Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwen-

dung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

- 7. Vorzulegende Nachweise und Unterlagen
Der Antragsteller hat folgende Nachweise zu erbringen:
 - a) einen Identitätsnachweis,
 - b) den Nachweis des Aufenthaltstitels, sofern nach dem Aufenthaltsgesetz vorgeschrieben,
 - c) den Nachweis einer bestehenden Immatrikulation,
 - d) einen Nachweis der erbrachten herausragenden Studienleistungen und
 - e) einen Nachweis der erforderlichen Deutschkenntnisse.“

II.

Diese Richtlinie tritt am 1. Juli 2023 in Kraft.

Dresden, den 13. Juni 2023

Der Staatsminister für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Sebastian Gemkow

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der FördRL Wiedereinstieg

Vom 13. Juni 2023

I.

Die FördRL Wiedereinstieg vom 23. September 2005 (SächsABl. S. 994), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 2. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 219), wird wie folgt geändert:

1. In Großbuchstabe A Ziffer I Nummer 1 Satz 3 werden die Wörter „§§ 23, 44 der Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen (Sächsische Haushaltsordnung – SäHO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die durch Artikel 10 des Gesetzes vom 13. Dezember 2002 (SächsGVBl. S. 333, 352) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sowie nach Maßgabe der Vorläufigen Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zu § 44 der Vorläufigen Sächsischen Haushaltsordnung (Vorl. VwV-SäHO) vom 20. Oktober 1997 (SächsABl. SDr. S. S 649), verlängert durch Verwaltungsvorschrift vom 14. November 2002 (SächsABl. S. 1232) und zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 30. November 2004 (SächsABl. S. 1315)“ durch die Wörter „§§ 23, 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sowie nach Maßgabe der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178)“ ersetzt.

2. Großbuchstabe B wird wie folgt geändert:

- a) Ziffer I wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 eingefügt:
 - „4. Sonstige Zuwendungsvoraussetzungen
Die Stipendiatin oder der Stipendiat hat den Nachweis der ordnungsgemäßen Verwendung der gewährten Zuwendung spätestens mit Ablauf des dritten auf den Bewilligungszeitraum folgenden Monats zu erbringen. Der Nachweis wird durch eine Bestätigung der für das wissenschaftliche Vorhaben zuständigen Fakultät erbracht, dass das geförderte wissenschaftliche Vorhaben innerhalb des Förderzeitraums den in Aussicht genommenen Fortschritt erzielt hat.“
 - bb) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5 und wie folgt geändert:
 - aaa) In der Überschrift werden die Wörter „Sonstige Zuwendungsbestimmungen“ und das Komma gestrichen.
 - bbb) Buchstabe g Satz 3 wird aufgehoben.
 - ccc) Buchstabe h wird aufgehoben.

ddd) Buchstabe i wird Buchstabe h.

eee) Folgender Buchstabe i wird angefügt:

- „i) Die Auszahlung des Stipendienbetrages veranlasst das Studentenwerk Dresden. Sie erfolgt monatlich auf ein Konto der Stipendiatin oder des Stipendiaten.“

- cc) Die folgenden Nummern 6 und 7 werden angefügt:

„6. Vorzulegende Unterlagen und Nachweise
Der Antragsteller hat folgende Nachweise zu erbringen:

- a) der Nachweis der Identität und des Alters,
- b) der Nachweis einer mindestens neun monatigen Unterbrechung der wissenschaftlichen Qualifizierung an Universitäten des Freistaates Sachsen, in einem bereits fortgeschrittenen Arbeitsstand, zur Wahrnehmung familiärer Aufgaben,
- c) der Nachweis der besonderen wissenschaftlichen Qualifikation nach Nummer 1 Buchstabe b sowie
- d) die Bestätigung der jeweiligen Fakultät der betreuenden Hochschule, dass das Vorhaben im Rahmen der Forschungsschwerpunkte der Hochschule für diese von besonderem wissenschaftlichem Interesse ist.

7. Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.“

- b) Der Ziffer II werden die folgenden Nummern 5 und 6 angefügt:

„5. Vorzulegende Unterlagen und Nachweise

Der Antragsteller hat folgende Nachweise zu erbringen:

- a) den Nachweis der Identität und des Alters,
- b) den Nachweis der besonderen wissenschaftlichen Qualifikation,
- c) den Nachweis einer mindestens dreijährigen Berufspraxis außerhalb des Hochschulbereichs,
- d) die konkrete Darlegung des beabsichtigten wissenschaftlichen Vorhabens sowie der zur Absicherung dieses Vorhabens beabsichtigten Maßnahmen,
- e) die Bestätigung der Hochschule, dass sich das beabsichtigte Vorhaben in den Forschungszusammenhang der Hochschule

- einfügt und daher für diese von besonderem wissenschaftlichem Interesse ist und
- f) die Bestätigung der Hochschule, dass der Stipendiatin für den beantragten Förderzeitraum die für die Durchführung der Vorbereitungsmaßnahmen erforderliche Grundausstattung zur Verfügung gestellt wird.

6. Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ge-

gebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.“

II.

Diese Richtlinie tritt am 1. Juli 2023 in Kraft.

Dresden, den 13. Juni 2023

Der Staatsminister für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Sebastian Gemkow

**Richtlinie
des Sächsischen Staatsministeriums
für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
zur Änderung der Richtlinie
des Sächsischen Staatsministeriums
für Wissenschaft und Kunst
zur Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen
im Rahmen der wettbewerblichen EU-Förderprogramme
für Forschung und Innovation**

Vom 14. Juni 2023

I.

Die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen im Rahmen der wettbewerblichen EU-Förderprogramme für Forschung und Innovation vom 7. März 2017 (SächsABl. S. 407), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 2. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 219), wird wie folgt geändert:

1. In Ziffer 1 Nummer 1 werden die Wörter „Artikel 13 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (SächsGVBl. S. 630)“ durch die Wörter „Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578)“ und die Wörter „2. Februar 2017 (SächsABl. S. 254)“ geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2015 (SächsABl. SDr. S. S 374)“ durch die Wörter „23. November 2022 (SächsABl. S. 1423)“ geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178)“ ersetzt.

2. Ziffer VII wird wie folgt geändert:

- a) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 eingefügt:
„4. Abweichend von Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung erfolgen Auszahlungen entsprechend Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung projektindividuell in Form von Vorauszahlungen aufgrund entsprechender Auszahlungsanträge des Zuwendungsempfängers gegenüber der SAB. Die Höhe dieser Mittelabforderungen ergibt sich aus dem voraussichtlich für fällige Zahlungen im Rahmen deswendungszwecks benötigten Mittelbedarf für die nächsten sechs Monate nach Auszahlung.“
- b) Die bisherigen Nummern 4 und 5 werden die Nummern 5 und 6.

II.

Diese Richtlinie tritt am 1. Juli 2023 in Kraft.

Dresden, den 14. Juni 2023

Der Staatsminister für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Sebastian Gemkow

**Zweite Richtlinie
des Sächsischen Staatsministeriums
für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
zur Änderung der Richtlinie zur Gewährung
von Zuwendungen für Projekte im Forschungsbereich**

Vom 13. Juni 2023

I.

Die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Gewährung von Zuwendungen für Projekte im Forschungsbereich vom 3. Juli 2019 (SächsABl. S. 1005), die durch die Richtlinie vom 10. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. 2020 S. S 7) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 2. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 219), wird wie folgt geändert:

1. In Ziffer 1 Nummer 1 wird die Angabe „14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782)“ durch die Angabe „21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578)“ und die Wörter „27. Februar 2019 (SächsABl. S. 451)“ geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 8. Dezember 2017 (SächsABl. SDr. S. S 378)“ werden durch die Wörter „23. November 2022 (SächsABl. S. 1423)“ geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178)“ ersetzt.

2. Ziffer VII wird wie folgt geändert:

- a) Nach Nummer 5 wird folgende Nummer 6 eingefügt:
„6. Abweichend von Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung erfolgen Auszahlungen entsprechend Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung projektindividuell in Form von Vorauszahlungen aufgrund entsprechender Auszahlungsanträge des Zuwendungsempfängers gegenüber der SAB. Die Höhe dieser Mittelabforderungen ergibt sich aus dem voraussichtlich für fällige Zahlungen im Rahmen deswendungszwecks benötigten Mittelbedarf für die nächsten sechs Monate nach Auszahlung.“
- b) Die bisherige Nummer 6 wird Nummer 7.

II.

Diese Richtlinie tritt am 1. Juli 2023 in Kraft.

Dresden, den 13. Juni 2023

Der Staatsminister für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Sebastian Gemkow

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Förderung von Projekten der Fachkräftesicherung (Fachkräfterichtlinie)

Vom 13. Juni 2023

I. Änderung der Fachkräfterichtlinie

Die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Förderung von Projekten der Fachkräftesicherung (Fachkräfterichtlinie) vom 30. April 2019 (SächsABl. S. 722), die durch die Richtlinie vom 12. Dezember 2019 (SächsABl. SDR. 2020 S. S 11) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 28. November 2021 (SächsABl. SDR. S. S 224), wird wie folgt geändert:

1. Buchstabe E wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„E.
Art und Umfang, Höhe der Zuwendung“
 - b) In Ziffer V werden die Sätze 2 bis 4 aufgehoben.

2. Buchstabe F wird wie folgt gefasst.

„F.
Sonstige Zuwendungsbestimmungen

- I. Die Bewilligungsstelle lässt auf Antrag des Zuwendungsempfängers die Verwendung anderer, zur Erreichung des Zweckes gleichwertige Standards zu, soweit diese wirtschaftlich sind. Die für die Beurteilung des Antrages erforderlichen Angaben sind diesem beizufügen.

II. Interessensbekundung

1. Die Interessensbekundung nach Großbuchstabe E Ziffer III erfolgt durch die Landkreise und Kreisfreien Städte an das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr bis spätestens 30. September eines Jahres, soweit für das darauffolgende Jahr noch keine Interessensbekundung vorliegt. Die Interessensbekundung kann sich auch auf mehrere Jahre beziehen.
2. Die Abfrage zur Interessensbekundung an der Förderung nach Großbuchstabe E Ziffer III und die Aufteilung der Regionalbudgets erfolgt durch das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.“

3. Der bisherige Buchstabe „F“ wird zu Buchstabe „G“ und wird wie folgt gefasst:

„G. Verfahren

I. Allgemeine Bestimmungen:

1. Zuständig für Beratung, Antragsannahme, Bewilligung, Auszahlung und Prüfung von Maßnahmen nach dieser Richtlinie ist die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – Gerberstraße 5, 04105 Leipzig Telefon: 0341 70292-0 E-Mail: leipzig@sab.sachsen.de
2. Der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung ist schriftlich nach den Vorgaben der Bewilligungsstelle und unter Verwendung der zur Verfügung gestellten Formulare über das geschäftsführende Mitglied der Fachkräfteallianz einzureichen.
3. Mit der Antragstellung hat der Antragsteller zu bestätigen, dass die Maßnahme nicht zur Kofinanzierung von weiteren aus öffentlichen Mitteln finanzierten Projekten herangezogen wird, sofern es sich nicht um eine Maßnahmen gemäß des Dritten Buches Sozialgesetzbuch handelt, die eine Mitfinanzierung Dritter ermöglicht.
4. Für die Bewilligung und Abrechnung der Projektmittel sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheids und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung.
5. Zuwendungen werden auf Antrag von Zuwendungsempfängern nach Buchstabe C Ziffer III ausgezahlt, wenn sie voraussichtlich innerhalb von sechs Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zweckes benötigt werden. Für Bewilligungen bis zum 31.12.2024 findet für die Auszahlung der Zuwendung an Zuwendungsempfänger nach Buchstabe C. Ziffer I und II abweichend von Nummer 7.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (VVK) ein Vorauszahlungsverfahren entsprechend Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung. Auszahlungen sind danach auf Antrag nur insoweit und nicht eher möglich,

als die Zuwendung voraussichtlich innerhalb von sechs Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungszwecks benötigt werden. Für Bewilligungen ab dem 1. Januar 2025 findet für die Auszahlung der Zuwendung an Zuwendungsempfänger nach Buchstabe C Ziffer I und II das Auszahlungsverfahren nach Nummer 7.1 der Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (VVK) Anwendung.

6. Bei Projekten mit einem Bewilligungszeitraum von mehr als 14 Monaten ist ein Zwischennachweis nach der Hälfte der Laufzeit zu erstellen.
7. Der Verwendungsnachweis ist unter Verwendung der Vordrucke der Bewilligungsstelle spätestens drei Monate nach Abschluss der Maßnahme einzureichen.
8. Der einfache Verwendungsnachweis ist zugelassen. Er besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis ohne Vorlage von Belegen.

II. Besondere Bestimmungen für Maßnahmen nach Großbuchstabe B Ziffer II:

1. Maßnahmen werden durch das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr initiiert.
2. Eine Antragstellung ist nur nach Förderaufruf oder Bekanntmachung des Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und den dort konkretisierten Bestimmungen möglich.“

4. Dem Buchstaben G wird folgender Buchstabe angefügt:
„H.
Vorzulegenden Nachweise und Unterlagen

- I. Der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung ist schriftlich nach den Vorgaben der Bewilligungsstelle und unter Verwendung der zur Verfügung gestellten Formulare über das geschäftsführende Mitglied der Fachkräfteallianz einzureichen.

II. Besondere Bestimmungen für Maßnahmen nach Großbuchstabe B Ziffer I:

1. Die Antragstellung für Maßnahmen im Rahmen des jährlichen Regionalbudgets ist laufend möglich.
2. Mit der Erstbeantragung von Maßnahmen nach Großbuchstabe B Ziffer I und bei Änderungen sind der Nachweis einer regionalen Fachkräfteallianz beispielsweise durch unterzeichnete Mitwirkungserklärungen der Mitglieder sowie Ausführungen zur Arbeitsweise und Organisation der Fachkräfteallianz vorzulegen. Bei Folgeantragstellungen kann auf einen bereits vorliegenden Nachweis verwiesen werden.
3. Mit der Erstbeantragung von Maßnahmen nach Großbuchstabe B Ziffer I und danach mindestens im Abstand von zwei Jahren ist ein von der Fachkräfteallianz beschlossenes regionales Handlungskonzept nach Großbuchstabe D Ziffer I Nummer 5 vorzulegen.
4. Mit dem Antrag auf Förderung ist eine befürwortende Stellungnahme der regionalen Fachkräfteallianz zur geplanten Maßnahme vorzulegen.
5. Mit der Antragseinreichung hat der Antragsteller eine Abgrenzung der Maßnahme zu vergleichbaren bestehenden Förderprogrammen oder gesetzlichen Leistungen vorzunehmen.“

5. Der bisherige Buchstabe „G“ wird zu Buchstabe „I.“ und wird wie folgt gefasst:

„I.
Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.“

II.
Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am 30. Juni 2023 in Kraft.

Dresden, den 13. Juni 2023

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Martin Dulig

Bekanntmachung der Landesregulierungsbehörde Sachsen über die Festlegung volatiler Kosten nach § 11 Absatz 5 der Anreizregulierungsverordnung zur Berücksichtigung von Verlustenergiekosten in der vierten Regulierungsperiode Strom

Az.: LRB-4153/86/12

Vom 5. Juni 2023

Die Landesregulierungsbehörde Sachsen beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr trifft mit Bescheid vom 5. Juni 2023 (Az.: LRB-4153/86/12) auf der Grundlage des § 29 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I S. 88) geändert worden ist, in Verbindung mit § 32 Absatz 1 Nummer 4a; § 11 Absatz 5 der Anreizregulierungs-

ungsverordnung vom 29. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2529), die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1237) geändert worden ist, folgende Festlegung:

„Festlegung volatiler Kosten nach § 11 Abs. 5 ARegV zur Berücksichtigung von Verlustenergiekosten in der vierten Regulierungsperiode Strom“.

Dresden, den 5. Juni 2023

Leiterin der Landesregulierungsbehörde
Kerstin Meißner
Ministerialrätin

Festlegung

Aufgrund § 29 Absatz 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vom 7. Juli 2005 (Bundesgesetzblatt I, Seiten 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I S. 88) geändert worden ist, in Verbindung mit § 32 Absatz 1 Nummer 4a; § 11 Abs. 5 Anreizregulierungsverordnung (ARegV) vom 29. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2529), die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1237) geändert worden ist, erlässt die Landesregulierungsbehörde für Elektrizitäts- und Gasnetze beim Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr bezüglich

volatiler Kosten nach § 11 Abs. 5 ARegV zur Berücksichtigung von Verlustenergiekosten

folgende

Festlegung:

1. Die Kosten der Netzbetreiberin für die Beschaffung von Verlustenergie (Verlustenergiekosten) werden auf Grund § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. §§ 32 Abs. 1 Nummer 4a und 11 Abs. 5 ARegV für den Zeitraum ab der vierten Regulierungsperiode der Anreizregulierung, beginnend ab dem 1. Januar 2024, als volatile Kostenanteile im Sinne des § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 ARegV festgelegt.
2. Die Netzbetreiberin wird, beginnend ab 1. Januar 2024, dazu verpflichtet, die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen jährlich zum 1. Januar des jeweiligen Kalenderjahres gemäß § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 ARegV so anzupassen, dass die Differenz der Verlustenergiekosten zwischen

dem Basisjahr für die vierte Regulierungsperiode (VK_0) und den ansatzfähigen Verlustenergiekosten, die sich infolge der nachfolgend vorgegebenen Berechnungsmethodik kalenderjährlich ergeben (VK_t), als volatiler Kostenanteil berücksichtigt wird.

3. Auf Grund § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. §§ 32 Abs. 1 Nr. 4a und 11 Abs. 5 Satz 2 ARegV wird die Berechnungsmethodik für den im Rahmen der Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 ARegV ansatzfähigen Planwert der Verlustenergiekosten des jeweiligen Kalenderjahres (VK_t) wie folgt festgelegt: VK_t ergibt sich aus dem Produkt des Referenzpreises und der ansatzfähigen Menge.
 - a. Die Berechnung des Referenzpreises erfolgt anteilig aus dem Baseload-Preis (zu einem Anteil von 53 %) und dem Peakload-Preis (zu einem Anteil von 47 %).
 - (1) Der Baseload-Preis ergibt sich dabei als tagesgenauer Durchschnittspreis aller im Zeitraum 01.07.t-2 bis 30.06.t-1 gehandelten Phelix-Year-Futures (Baseload) für das Lieferjahr t.
 - (2) Der Peakload-Preis ergibt sich als tagesgenauer Durchschnittspreis aller im Zeitraum 01.07.t-2 bis 30.06.t-1 gehandelten Phelix-Year-Futures (Peakload) für das Lieferjahr t.
 - (3) Der Durchschnittspreis für die Jahre 2024–2028 wird auf Basis des Phelix-DE-Year-Future gebildet.
 - (4) Liegt der Abstand zwischen Baseload-Preis und Peakload-Preis für das Lieferjahr t unterhalb von 22,5 % (Mindestabstand), wird für die Berechnung des Referenzpreises statt des tatsächlichen

Peakload-Preises der Baseload-Preis zuzüglich eines Aufschlags in Höhe von 22,5 % zugrunde gelegt. Liegt der Abstand zwischen Baseload-Preis und Peakload-Preis oberhalb des Mindestabstands wird der tatsächliche Peakload-Preis zugrunde gelegt.

- b. Die ansatzfähige Menge ist jährlich anzupassen und wie folgt zu berechnen:
Die ansatzfähige Menge ist die Summe aller Teilergebnisse folgender Berechnungen:
 - i. Gesamteinspeisungen in kWh des Jahres t-2 multipliziert mit
 - ii. der im Rahmen der Bestimmung des Ausgangsniveaus nach § 6 Abs. 1 ARegV anerkannten Aufgriffsgrenzen als Obergrenzen in % pro Spannungs- und Umspannebene.
- c. Ein Plan-Ist-Abgleich über das Regulierungskonto (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ARegV) findet nicht statt.

4. Ein Widerruf bleibt vorbehalten.

5. Die Festlegung ist bis zum 31.12.2028 befristet.

Gründe

I.

Die Netzbetreiberin betreibt ein Stromverteilungsnetz auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen. Zudem sind an das Stromverteilungsnetz der Netzbetreiberin weniger als 100.000 Kunden unmittelbar oder mittelbar angeschlossen und das Stromverteilernetz reicht nicht über das Gebiet des Freistaates Sachsen hinaus.

Mit der vorliegenden Festlegung trifft die Landesregulierungsbehörde Sachsen eine Entscheidung zur Berücksichtigung von Verlustenergiekosten als volatile Kostenanteile für den Zeitraum ab 01.01.2024 bis zum Ende der vierten Regulierungsperiode (31.12.2028) nach § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV.

Als Verlustenergie wird die zum Ausgleich physikalisch bedingter Netzverluste benötigte Energie bezeichnet. Unter den Begriff der Verlustenergiekosten fallen damit Kosten der Beschaffung von Verlustenergie im Sinne des § 10 Abs. 1 StromNZV.

Den Betreibern der Stromverteilernetze in der Zuständigkeit der Landesregulierungsbehörde Sachsen wurde mit Schreiben vom 31. März 2023 im Rahmen eines Meinungsaustausches die Gelegenheit gegeben, sich bis zum 14. April 2023 zur Einführung eines Referenzbandes nach den Eckpunkten der BNetzA zu äußern.

Von folgenden Unternehmen sind fristgemäß Stellungnahmen eingegangen:

- Stadtwerke Annaberg-Buchholz Energie AG
- Energie- und Wasserwerke Bautzen GmbH
- Städtische Werke Borna Netz GmbH
- Stadtwerke Elbtal GmbH
- Stadtwerke Freiberg AG
- Stadtwerke Görlitz AG
- Stadtwerke Löbau GmbH
- Stadtwerke Niesky GmbH

- Stadtwerke Oelsnitz (Vogtl.) GmbH
- Stadtwerke Schneeberg GmbH
- Stadtwerke Schwarzenberg GmbH
- Zwickauer Energieversorgung GmbH

Dabei zeigte sich ein breites Meinungsspektrum, das verschiedene Facetten der individuellen Situation der Netzbetreiber im Zuständigkeitsbereich der Landesregulierungsbehörde aufzeigte. Eine eindeutige Positionierung für eine bestimmte Ausgestaltung der regulatorischen Berücksichtigung von Verlustenergiekosten in der 4. Regulierungsperiode ergab sich daraus nicht. Vielmehr wurde stets die Notwendigkeit einer adäquaten Abbildung der individuellen Situation der Netzbetreiber betont. Hierzu wären eine Vielzahl von Handlungsoptionen denkbar, deren Ausgestaltung eine sensible Abstimmung der preis- und mengenrelevanten Parameter erfordere.

Den Betreibern der Stromverteilernetze in der Zuständigkeit der Landesregulierungsbehörde Sachsen wurde mit Schreiben vom 3. Mai 2023 gemäß § 67 Abs. 1 EnWG die Gelegenheit gegeben, sich bis zum 24. Mai 2023 zu der beabsichtigten Festlegung zu äußern.

Folgende NB haben fristgemäß Stellung genommen:

- ewag kamenz Energie und Wasserversorgung Aktiengesellschaft Kamenz
- Stadtwerke Elbtal GmbH
- Stadtwerke Meerane GmbH
- Stadtwerke Niesky GmbH
- Stadtwerke Schwarzenberg GmbH
- Zwickauer Energieversorgung GmbH

Eine Auswertung und Würdigung aller eingegangenen Stellungnahmen hat ergeben, dass in keiner Stellungnahme grundsätzliche rechtliche oder sachliche Bedenken gegen den Regelungsgehalt des Festlegungsentwurfs erhoben wurden und/oder die grundsätzliche Konzeption der Festlegung hinsichtlich der preis- und mengenabhängigen Parameter als fehlerhaft angesehen wurde.

Ein Konsens bezüglich einer bestimmten Ausrichtung der regulatorischen Berücksichtigung von Verlustenergiekosten ist nicht eindeutig erkennbar.

Insbesondere die Möglichkeit zur jährlichen Anpassung der Verlustenergiemenge wurde allgemein positiv aufgenommen.

Gleichwohl wurden vereinzelt alternative Handlungsoptionen vorgeschlagen, über das Spektrum der eingegangenen Stellungnahmen hinweg divers diskutiert sowie angeregt, diese zusätzlich mit dem von der Landesregulierungsbehörde in der Entwurfsfassung gewählten Konzept zu kombinieren. Insbesondere wurde vereinzelt die Einführung eines Referenzbandes angeregt, wie es u. a. auch in den Konzeptionen der BNetzA vorgesehen ist.

Diese Vorschläge sind nicht neu. Wesentliche neue Tatsachen, Argumente oder rechtliche Aspekte wurden nicht vorgetragen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akte verwiesen.

II.

1. Rechtsgrundlage

Die Festlegung beruht auf § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV. Demnach kann die Regulierungsbehörde Festlegungen im Hinblick auf volatile Kostenanteile im Sinne des § 11 Abs. 5 ARegV treffen, insbesondere

- zu den Voraussetzungen, unter denen bestimmte Kostenanteile als volatile Kostenanteile nach § 11 Abs. 5 ARegV gelten, sowie
- zu dem Verfahren, mit dem für die oder eine Gruppe von Betreibern von Energieversorgungsnetzen Anreize gesetzt werden, die gewährleisten, dass volatile Kostenanteile nur in effizientem Umfang in den kalenderjährlichen Erlösobergrenzen berücksichtigt werden.

Gemäß § 11 Abs. 5 Satz 2 ARegV gelten beeinflussbare und vorübergehend nicht beeinflussbare Kostenanteile, deren Höhe sich in einem Kalenderjahr erheblich von der Höhe des jeweiligen Kostenanteils im vorhergehenden Kalenderjahr unterscheiden, als volatile Kostenanteile, sofern dies die Regulierungsbehörde gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV festgelegt hat. Die Verordnung nennt die Beschaffung von Verlustenergie als Regelbeispiel.

Durch volatile Energieeinkaufspreise kann es grundsätzlich zu Kostenschwankungen bei der Beschaffung von Verlustenergie kommen, die zu deutlichen Kostenüberdeckungen oder Kostenunterdeckungen führen können. Deshalb ist es erforderlich, dass die Verlustenergiekosten jährlich angepasst werden können. Da der Netzbetreiber aber einen Einfluss auf die Höhe der Beschaffungskosten hat, ist es zwingend erforderlich, die Kosten einer Effizienzkontrolle zu unterziehen.

Die vorbezeichnete Ermächtigungsgrundlage, als auch die Vorgaben des nationalen Gesetz- und Verordnungsgebers im Bereich der Regulierung von Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetzen in der Bundesrepublik Deutschland sind – auch vor dem Hintergrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 2. September 2021, C-718/18 – weiterhin vollständig anzuwenden. Die in Rede stehenden Regelungen sind, auch wenn sie unionsrechtswidrig sind, nicht nichtig und gem. Art. 20 Abs. 3, 2. Halbsatz Grundgesetz pflichtig durch die Landesregulierungsbehörde anzuwenden, bis sie vom Gesetz- und Verordnungsgeber außer Kraft gesetzt oder neu geregelt werden. Auf den Beschluss des BGH vom 08. Oktober 2019, EnVR 58/18, Rn. 60ff. wird Bezug genommen. Darüber hinaus wird auf die weiterführenden Betrachtungen zu den komplexen rechtlichen Hintergründen auf das Rundschreiben 4/2021 der Landesregulierungsbehörde Sachsen hingewiesen.

2. Formelle Rechtmäßigkeit

Die formellen Anforderungen an die Rechtmäßigkeit der Festlegung sind erfüllt. Die Landesregulierungsbehörde Sachsen ist zuständig für Festlegungen im Rahmen der Bestimmung der Entgelte der Netzbetreiberin für den Netzzugang im Wege der Anreizregulierung nach § 21a EnWG und somit auch für die Festlegung der Verlustenergiekosten als volatile Kostenanteile gemäß § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV.

Gemäß § 54 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 EnWG ist die Landesregulierungsbehörde Sachsen auch sachlich zuständig, soweit Energieversorgungsunternehmen betroffen sind, an deren Elektrizitäts- oder Gasverteilernetz – wie im Falle der Netzbetreiberin – jeweils weniger als 100.000 Kunden unmittel-

bar oder mittelbar angeschlossen sind und deren Netz nicht über das Gebiet eines Landes hinausreicht.

Die Landesregulierungsbehörde Sachsen hat den betroffenen Netzbetreibern Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

3. Materielle Rechtmäßigkeit

Die Voraussetzungen für den Erlass dieser Festlegung zur Berücksichtigung von Verlustenergiekosten als volatile Kostenanteile in der 4. Regulierungsperiode gem. § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV liegen vor. Insbesondere ist sie verhältnismäßig.

3.1. Festlegungszweck

Nach § 32 Abs. 1 ARegV kann die Regulierungsbehörde Festlegungen im Rahmen der Anreizregulierung treffen, wenn sie der Verwirklichung eines effizienten Netzzugangs und der in § 1 Abs. 1 EnWG genannten Zwecke dienen. Beides ist vorliegend der Fall.

Die vorliegende Festlegung zu volatilen Kostenanteilen dient der Verwirklichung eines effizienten Netzzugangs gemäß § 32 Abs. 1 ARegV sowie §§ 20-21a EnWG, indem sie zuverlässige Rahmenbedingungen für den betroffenen Netzbetreiber hinsichtlich der sachgerechten Berücksichtigung von Kosten für Verlustenergie schafft. So wird die Gefahr massiver Über- oder Unterdeckungen bei den stark volatilen Beschaffungskosten für Verlustenergie minimiert. Damit wird dem Ziel eines langfristig angelegten, leistungsfähigen und zuverlässigen Betriebs von Energieversorgungsnetzen Rechnung getragen. Ferner wird die gesetzliche Vorgabe des § 21 Abs. 2 EnWG, Anreize für eine effiziente Leistungserbringung zu setzen, konsequent umgesetzt. Damit dient die Festlegung den Zwecken des § 1 EnWG, auf eine preisgünstige, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Energieversorgung hinzuwirken, indem mit ihr Anreize gesetzt werden, Verlustenergiekosten des Netzbetriebs nur in effizientem Umfang in der Erlösobergrenze zu berücksichtigen.

Gemäß § 11 Abs. 5 ARegV gelten nur die dort enumerativ genannten Kosten als volatile Kosten, insb. die Kosten für die Beschaffung von Treibenergie. Andere beeinflussbare oder vorübergehend nicht beeinflussbare Kostenanteile, insbesondere Kosten für die Beschaffung von Verlustenergie, deren Höhe sich in einem Kalenderjahr erheblich von der Höhe des jeweiligen Kostenanteils im vorhergehenden Kalenderjahr unterscheiden kann, gelten nur dann als volatile Kostenanteile, soweit die Regulierungsbehörde dies nach § 32 Absatz 1 Nummer 4a festgelegt hat.

3.2. Verhältnismäßigkeit der Festlegung

Im Ergebnis und unter Würdigung aller im Rahmen der Anhörung vorgetragenen Aspekte hält die LRB an ihrer bisherigen Einschätzung fest.

Es wurden keine wesentlich neuen Tatsachen, Argumente oder rechtlichen Aspekte vorgebracht. Die im Rahmen der Anhörung vorgeschlagenen zusätzlichen oder alternativen Handlungsoptionen sind nicht neu. Sie wurden bereits im Rahmen der ersten Anhörung („Impuls zum Meinungsaustausch“) bei den eingegangenen Stellungnahmen vorgestellt und diskutiert. Sie flossen bereits in die umfassende Bewertung und Folgenabschätzung bei der Erstellung des Festlegungsentwurfs ein.

Auch nach nochmaliger eingehender Folgenabschätzung muss jedoch erneut festgestellt werden, dass die einzeln vorgeschlagenen Optionen keine geeignete Alternative zum bestehenden Konzept darstellen, da sie entweder ungeeignet oder unverhältnismäßig wären. Für die Berücksichtigung der Kosten für die Beschaffung von Verlustenergie und die konkrete Ausgestaltung dieser Festlegung sind nach Überzeugung der Landesregulierungsbehörde die folgenden Aspekte maßgeblich:

Um den besonderen Umständen und Kosten der Netzbetreiber bei der Beschaffung von Verlustenergie Rechnung zu tragen, hat sich die Landesregulierungsbehörde zu dieser sachgerechten und gebotenen Festlegung entschlossen.

Darüber hinaus ist die inhaltliche Ausgestaltung der Festlegung verhältnismäßig, da das Verhältnis zwischen dem angestrebten Ziel, der Berücksichtigung von Verlustenergiekosten in der 4. Regulierungsperiode und dem Mittel, hier der konkreten Ausgestaltung der Festlegung und der Berechnungsmethodik, angemessen ist.

Die Landesregulierungsbehörde hat die im Rahmen einer ersten Anhörung („Verlustenergie – Impuls zum Meinungsaustausch“ vom 31. März 2023) eingegangenen Stellungnahmen berücksichtigt und die Vor- und Nachteile, speziell im Hinblick auf mögliche Handlungsinstrumente, so insbesondere

- die Einführung eines Referenzbandes,
- die Fixierung der Verlustenergie auf die Menge im Basisjahr (Mengendeckel),
- den relevanten Referenzzeitraum zur Abbildung der aktuellen Preisentwicklungen,
- die Notwendigkeit eines Abgleiches im Regulierungskonto und
- die Notwendigkeit der Berücksichtigung alternativer Beschaffungskosten, wenn keine börslichen Beschaffungsverfahren genutzt werden,

die zur Umsetzung dieser Festlegung eingesetzt werden könnten, sorgfältig abgewogen. Nach eingehender Prüfung aller damit einhergehenden Wechselwirkungen ist die Landesregulierungsbehörde zu dem Ergebnis gekommen, dass mit der vorliegenden Festlegung zu volatilen Kosten eine sach- und interessengerechte Regelung vorliegt, die den speziellen Bedürfnissen der Netzbetreiberin an zuverlässiger Kostenerstattung bei der Beschaffung von Verlustenergie im Rahmen der ARegV Rechnung trägt. Die Landesregulierungsbehörde Sachsen hat insoweit eine Festlegung getroffen, die bezogen auf die kleineren und mittleren Netzbetreiber in ihrem Zuständigkeitsbereich punktuell von der als Referenz herangezogenen Festlegung der BNetzA abweicht. In der Gesamtschau sind jedoch insbesondere folgende Aspekte hervorzuheben, welche die individuelle Situation der kleinen und mittleren sächsischen Netzbetreiber deutlich besser abzubilden vermag; auch wenn dieser Festlegung eine gewisse Pauschalierung zwangsläufig immanent ist, um eine Vielzahl der Lebenssachverhalte zu erfassen. So bildet das gewählte Base/Peak-Verhältnis die tatsächliche Beschaffungssituation in geeigneter Weise ab. Eine getreue Abbildung dieser Beschaffungssituation wird auch durch die Berechnungsmethodik erreicht, die im Ergebnis ihrer konkreten Ausgestaltung berücksichtigt, dass die Netzbetreiber im Zuständigkeitsbereich, aufgrund der relativ geringen benötigten Verlustenergiemengen, den überwiegenden Teil dieser – auch zur Risikominimierung – häufig nicht selbst und nicht gesondert am Energiemarkt beschaffen und daher nur geringe, zumindest aber deutlich reduzierte Anpassungs- und Gestaltungsspielräume bei der Beschaffung dieser Mengen haben. Die Anpassung der jährlichen Verlustenergiemenge ermöglicht es zudem, die tatsächliche Mengenentwicklung besser abzubilden, ohne andere Verfahren

(insbesondere das Regulierungskonto) unangemessen aufzublähen, und zugleich den prognostizierten Mengensteigerungen bei der Verlustenergie Rechnung zu tragen, die sich zukünftig aus der weiteren Einspeisung erneuerbarer Energien sowie der zunehmenden Elektrifizierung des Verkehrs (E-Mobilität) und der Wärmeerzeugung, insbesondere durch den verstärkten Einsatz von Wärmepumpen, ergeben werden. Insofern soll der von der Bundesnetzagentur ermittelte Referenzpreis im Rahmen dieser Festlegung weiterhin eine relevante Bezugsgröße darstellen und damit Planbarkeit und Verlässlichkeit schaffen, insbesondere vor dem Hintergrund der Erwartung, dass die Referenzmenge und der Referenzpreis im bisherigen System verbleiben. Die von der BNetzA angedachte Einführung eines Referenzbandes ist für die Landesregulierungsbehörde Sachsen aus den genannten Gründen keine realisierbare Variante. Damit hält die Landesregulierungsbehörde Sachsen an der bewährten Praxis aus der dritten Regulierungsperiode fest und führt diese fort.

Im Einzelnen:

In tatsächlicher Hinsicht ist den besonderen Umständen der Beschaffung von Verlustenergie Rechnung zu tragen, die sich insbesondere daraus ergeben, dass diese in Verfahren beschafft werden müssen, die an den Börsenpreis gekoppelt sind und im Rahmen des Transports und der Verteilung von Erneuerbarer Energie auch durch das Wetter beeinflusst sein können. Aufgrund der sich daraus ergebenden volatilen Einkaufspreise kann es zu Kostenschwankungen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Verlustenergie kommen, die zu deutlichen Kostenüberdeckungen oder Kostenunterdeckungen führen können. Daher ist es im Interesse der Netzbetreiber aber auch der Netznutzer geboten, dass die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen jährlich an die Veränderungen der Verlustenergiekosten angepasst werden können.

Da die Betreiber der Stromverteilernetze aber einen Einfluss auf die Höhe der Verlustenergiekosten haben, ist es zugleich zwingend erforderlich, diese Kosten einer Effizienzkontrolle zu unterziehen (§ 21 Abs. 2 EnWG). Um diese Effizienzkontrolle zu gewährleisten, ist die Festlegung der Referenzpreisermittlung das Mittel der Wahl. Die Auswahl der Methodik ist als angemessen anzusehen, da sie auf einer Auswertung der tatsächlichen Preise für die Beschaffung von Verlustenergie beruht, die von den am Regelverfahren der Anreizregulierung teilnehmenden Stromverteilernetzbetreiber in der Zuständigkeit der Bundesnetzagentur (BNetzA) gezahlt wurden. Die Methodik der Preisgewichtung hat die Bundesnetzagentur erstmals in ihrer Festlegung BK8-12/011 vom 20.03.2013 zu Grunde gelegt, welche mit Beschluss vom 7. Juni 2016 durch den Bundesgerichtshof (EnVR 62/12) bestätigt wurde. Dieser von der Bundesnetzagentur ermittelte Referenzpreis ist im Rahmen dieser Festlegung weiterhin relevante Bezugsgröße.

Die Festlegung trifft Aussagen zur Verlustenergiemenge. An § 27 Abs. 1 Nr. 6 StromNZV wird deutlich, dass ein Verfahren zur Bestimmung der Netzverluste und damit zur Bestimmung von effizienten Verlustenergiemengen geregelt werden kann.

Weiterhin unterliegen die im Rahmen der Bestimmung des Ausgangsniveaus gemäß § 6 Abs. 1 ARegV festzustellenden Verlustenergiekosten des Basisjahres 2021 dem Effizienzvergleich nach § 12 bis 14 ARegV.

Gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV werden mit dieser Festlegung ausreichend Anreize zu einem effizienten Verhalten der Netzbetreiberin geschaffen. Änderungen der

volatilen Kostenanteile können in effizienter Höhe in den kalenderjährlichen Erlösbergrenzen berücksichtigt werden.

Die Betreiber der Stromverteilernetze im Zuständigkeitsbereich der sächsischen Landesregulierungsbehörde haben nur begrenzte Möglichkeiten, diese Verlustenergiekosten zu senken. Die nicht ausreichen, um von den bisherigen Überlegungen abzuweichen oder Ausnahmen zu ermöglichen.

Eine Kostenbeeinflussung beispielsweise durch Anpassung der Beschaffungsstrategie in den Punkten Ausschreibungszeitpunkte und -zeiträume; Losgröße der Langfristkomponente; Freistellung der Bildung von Ausschreibungsgemeinschaften; Band- oder Profilbeschaffung mit dem Ziel einer Senkung der Verlustenergiekosten stehen den hiesigen Betreibern der Stromverteilernetze nur sehr eingeschränkt zur Verfügung.

3.3. Verlustenergiekosten als volatile Kostenanteile (Tenor Ziffer 1)

In Übereinstimmung mit der amtlichen Begründung zu § 11 Abs. 5 ARegV (BR-Drs. 312/10 (Beschluss), Seite 17) sieht die Landesregulierungsbehörde in Ziffer 1 des Tenors dieser Festlegung die Verlustenergiekosten als volatil an und legt diese als volatile Kostenanteile fest.

Der Beginn der Wirksamkeit dieser Festlegung ist der 1. Januar 2024. Die Festlegung ist somit auf die gesamte vierte Regulierungsperiode anzuwenden.

3.4. Anpassung der kalenderjährlichen Erlösbergrenzen (Tenor Ziffer 2)

In Ziffer 2 des Tenors dieser Festlegung legt die Landesregulierungsbehörde das grundsätzliche Verfahren zur Anpassung der kalenderjährlichen Erlösbergrenzen der Netzbetreiberin an die Veränderung der volatilen Kostenanteile zusätzlich zur gesetzlichen Regelung fest.

Die Netzbetreiberin ist schon auf Grund der gesetzlichen Regelungen verpflichtet, jeweils zum 1. Januar eines Kalenderjahres die kalenderjährlichen Erlösbergrenzen für das jeweilige Kalenderjahr anzupassen, sofern sich volatile Kostenanteile im Sinne des § 11 Abs. 5 ARegV ändern (§ 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 ARegV).

Entsprechend der Vorgaben der Anlage 1 zur ARegV erfolgt die Anpassung der kalenderjährlichen Erlösbergrenzen anhand der Differenz zwischen den Verlustenergiekosten des Basisjahres (VK_0) und den Verlustenergiekosten, die sich infolge der vorgegebenen Berechnungsmethodik ergeben (VK_t).

Die Festlegung in Ziffer 2 ist ab 1. Januar 2024 erstmals wirksam.

3.5. Berechnungsmethodik der Verlustenergiekosten (Tenor Ziffer 3)

In Ziffer 3 des Tenors dieser Festlegung legt die Landesregulierungsbehörde die Berechnungsmethodik für die im Rahmen der Anpassung der kalenderjährlichen Erlösbergrenzen nach § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 ARegV ansatzfähigen Verlustenergiekosten des jeweiligen Kalenderjahres (VK_t) fest:

VK_t ergibt sich aus dem Produkt des Referenzpreises (RP_t) und der ansatzfähigen Menge (M_t).

$$VK_t = RP_t \times M_t$$

a) Referenzpreis (RP_t) (Tenor Ziffer 3a)

Der hierbei anzuwendende Referenzpreis (RP_t) berechnet sich wie folgt:

Aus einem zwölfmonatigen Zeitraum (01.07. bis 30.06.) wird jeweils für das Folgejahr auf Basis von Börsenpreisen der Durchschnitt sämtlicher Tagespreise dieses Zeitraums ermittelt. Der Referenzpreis RP_t für das Jahr t ergibt sich aus den durchschnittlichen Phelix-Year-Future-Settlement-Preisen des Zeitraums 01.07. $t-2$ bis 30.06. $t-1$ für das Lieferjahr t . Dabei wird für den gesamten Zeitraum der vierten Regulierungsperiode (2024–2028) die deutsche Preiszone und damit der Phelix-DE-Year-Future in Bezug genommen.

Die Berechnung des Referenzpreises erfolgt anteilig aus dem Base-Preis (53 %) und dem Peak-Preis (47 %).

Grundlage dieser Gewichtung ist – wie bereits im Rahmen der Festlegung volatiler Kosten für Verlustenergiebeschaffung der zweiten und dritten Regulierungsperiode – eine von der Bundesnetzagentur durchgeführte Auswertung der tatsächlichen Preise für die Beschaffung von Verlustenergie, die von den am Regelverfahren teilnehmenden Betreibern der Stromverteilernetze zum 30.06.2022 im Rahmen der Datenabfrage für die Bestimmung des Ausgangsniveaus für die vierte Regulierungsperiode übermittelt wurden.

Die Auswertung umfasste 96 Regelverfahren in der Zuständigkeit der BNetzA sowie einen Betrachtungszeitraum von 2017–2021. Der Betrachtungszeitraum ergab eine Gewichtung von 53 % Base-Preis und 47 % Peak-Preis. Diese Auswertung legt die Landesregulierungsbehörde zu Grunde.¹

Die im Rahmen der Kostenprüfung genannten Kosten der in die Berechnung einbezogenen Netzbetreiber in den Jahren 2017 bis 2021 bilden die Basis für die Berechnung des Base-Peak-Verhältnisses. Bei der Berechnung wurde auf den Median abgestellt, da dieser robuster gegenüber Ausreißern ist. Eine weitere Bereinigung um Ausreißer wurde dementsprechend nicht mehr vorgenommen. Da im Rahmen der Analyse auf die von den Verteilnetzbetreibern angegebenen, tatsächlichen Preise für die Beschaffung von Verlustenergie abgestellt wurde, sind aus Sicht der BNetzA auch sämtliche Kosten, die im Zusammenhang mit der Beschaffung von Verlustenergie stehen, abgedeckt.

So erreicht die BNetzA eine möglichst große Annäherung an die Preise der insgesamt regulierten Unternehmen. Eine vollständige Abbildung aller zusätzlichen und ersparten Aufwendungen des Einzelfalls sowie möglicher Lieferausfälle kann bei der Bildung eines Referenzpreises keine Berücksichtigung finden. Die Bildung der Referenz auf Basis von Preisen für tägliche Ausschreibungen dient der Vereinfachung und einer möglichst realen Abbildung der Preisentwicklung.

Zudem war in den vergangenen Jahren eine Annäherung des Base- und Peakpreises zu beobachten, was wiederum einen Einfluss auf die Base/Peak-Gewichtung hat, da diese für die Dauer der Regulierungsperiode gleichbleibt. Es wird daher einen Mindestabstand zwischen Base- und Peakpreis in die Berechnungssystematik des Referenzpreises eingeführt. Dieser Mindestbestand wird für die vierte Regulierungsperiode auf 22,5 % festgelegt. Dieser Wert ergibt sich aus dem ermittelten durchschnittlichen Base/Peak-Verhältnis für die Lieferjahre 2019–2023. Wird dieser Mindestabstand in einem bestimmten Jahr unterschritten, wird

¹ Vgl. hierzu die Konsultation der BNetzA

im Rahmen der Berechnung des Referenzpreises nicht der tatsächliche Peakpreis sondern stattdessen der Basepreis zuzüglich des Aufschlags in Höhe von 22,5 % zugrunde gelegt. Liegt der Abstand zwischen Base- und Peakpreis oberhalb des Mindestabstands wird der tatsächliche Peakpreis zugrunde gelegt. Ein Nachteil zu Lasten der Netzbetreiber ist durch diese Vorgehensweise ausgeschlossen.

Der Base- und der Peak-Preis errechnen sich aus dem (ungewichteten) Durchschnitt der an der European Energy Exchange AG (EEX) gehandelten und veröffentlichten Tagespreise.

Berechnungsformel:

$$RP_t = 0,53 \times \text{Base}_t [01.07.(t-2); 30.06.(t-1)] + 0,47 \times \max(\text{Peak}_t [01.07.(t-2); 30.06.(t-1)]; 1,225 \times \text{Base}_t [01.07.(t-2); 30.06.(t-1)])$$

wobei

Base_t = tagesgenauer (ungewichteter) Durchschnittspreis aller im Zeitraum 01.07. (t-2) bis 30.06. (t-1) gehandelten Phelix-Year-Futures (Baseload) für das Lieferjahr t

und

Peak_t = tagesgenauer (ungewichteter) Durchschnittspreis aller im Zeitraum 01.07. (t-2) bis 30.06. (t-1) gehandelten Phelix-Year-Futures (Peakload) für das Lieferjahr t

sind.

Der Referenzpreis aus tatsächlichen Kosten für Verlustenergie der Vergangenheit macht keine Vorgaben für eine bestimmte Beschaffungsstrategie. Vielmehr ist der Netzbetreiber frei, die Verlustenergie effizient zu beschaffen. Es ist weder geboten noch notwendig, dass jeder Netzbetreiber auf genau dieser Basis die tatsächliche Beschaffung vornimmt.

Analysen der von der Landesregulierungsbehörde erhobenen Daten hiesiger Netzbetreiber zeigen, dass die Kosten für Verlustenergie im Zeitraum 2017–2021 im Durchschnitt eine ähnliche Entwicklung aufweisen wie die von der BNetzA im gleichen Zeitraum ermittelten Referenzpreise. Es kann demnach geschlossen werden, dass die Referenzpreise der BNetzA in der dritten Regulierungsperiode die Marktentwicklung sachgerecht abgebildet haben. Es gibt demnach keinen Bedarf für eine Anpassung, da eine angemessene Handhabung auch bei den hiesigen Netzbetreibern gegeben ist.

b) ansatzfähige Menge der Verlustenergie (M_t) (Tenor Ziffer 3b)

Die ansatzfähige Menge ist jährlich anzupassen und wie folgt zu berechnen:

Die ansatzfähige Menge ist die Summe aller Teilergebnisse folgender Berechnungen:

- Gesamteinspeisungen in kWh des Jahres t-2 multipliziert mit
 - der im Rahmen der Bestimmung des Ausgangsniveaus nach § 6 Abs. 1 ARegV anerkannten Aufgriffsgrenzen als Obergrenzen in %
- pro Spannungs- und Umspannebene.

Besonders unter Berücksichtigung eingegangener Stellungnahmen, im Rahmen einer ersten Anhörung („Verlustenergie – Impuls zum Meinungsaustausch“ vom 31. März 2023) erachtet die Landesregulierungsbehörde es als sachgerecht, nicht die Verlustenergiemenge in kWh festzuschreiben, sondern die im Rahmen der Ermittlung des Ausgangsniveaus angesetzten Aufgriffsgrenzen in % im Sinne von Obergrenzen pro Spannungsebene zu fixieren. Diese

Obergrenzen werden auf die Gesamteinspeisungen in kWh pro Spannungsebene des Jahres t-2 angewendet. Der Zeitverzug t-2 ist dabei in Kauf zu nehmen, da zum Zeitpunkt der Anpassung der jährlichen Erläsobergrenzen keine aktuelleren Daten vorliegen und der „t-2“-Zeitraum sich auch auf andere Kostenarten bezieht (vgl. § 4 Abs. 3 Nr. 2 ARegV) und daher systemimmanent ist.

Die Mengenkomponente ist zwar grundsätzlich geringeren Schwankungen ausgesetzt als die Preiskomponente. Dennoch sieht die Landesregulierungsbehörde es als notwendig an, eine gewisse Flexibilität auch bezogen auf die Menge zuzulassen. Dies erfolgt über die sich jährlich ändernde Menge der Gesamteinspeisungen in kWh im Sinne eines „atmenden Deckels“. Die Stromversorgungsnetze in den ostdeutschen Bundesländern unterliegen bezogen auf Ein- und Ausspeisungen teilweise starken Veränderungen. Dies resultiert zum einen aus der Tatsache, dass Strom-einspeisungen aus dezentraler Erzeugung u.a. aus EE-Anlagen stattfinden, die vom Netz aufgenommen und zu den Verbrauchsstellen transportiert werden müssen. Teilweise übersteigen die eingespeisten Mengen die Verbräuche, so dass in vorgelagerte Netzebenen zurückgespeist werden muss. Zwar hat die Bundesnetzagentur im Rahmen ihrer Festlegung zu den volatilen Kostenanteilen keine Hinweise auf einen Einfluss dieser Komponente ausmachen können, jedoch zeigt dies nur den bundesweiten Effekt. Regional, insbesondere im Bereich der Zuständigkeit der Landesregulierungsbehörde Sachsen sind diese Auswirkungen jedoch spürbar.

Zum anderen sind auch die Strukturprobleme und damit zusammenhängende Veränderungen im Abnahmeverhalten der Netzkunden eine Ursache für sich verändernde Gesamteinspeisungen. So sind kleinere, städtische Netze zum Teil stark vom Abnahmeverhalten einzelner Großkunden abhängig. Deren wirtschaftliche Situation (wie z. B. Anordnung von Kurzzeit bis hin zu Insolvenzen, Standortverlagerung oder aber auch Werkserweiterungen mit steigendem Energiebedarf) hat direkten Einfluss auf die Gesamteinspeisemenge im Netz. Das veränderte Abnahmeverhalten eines einzelnen Großkunden kann im Regelfall über die verbleibenden Kleinkunden (Haushalt, Kleingewerbe) nicht kompensiert werden.

Durch die jährlich anpassbare Einspeisemenge wird bezogen auf die Verlustenergie diesem schwankenden Ein- und Ausspeiseverhalten Rechnung getragen, indem die Verlustenergiemenge sich prozentual auf die Gesamteinspeisung bezieht.

So ist es aus Sicht der Landesregulierungsbehörde sachgerecht, steigende oder sinkende Verlustenergiemengen, deren Ursache in einer veränderten Gesamteinspeisemenge liegen, zu berücksichtigen. Die notwendige Effizienzkontrolle erfolgt dabei über den Ansatz der im Rahmen der Feststellung des Ausgangsniveaus anerkannten Mengengrenzen, die unverändert auch für die Ermittlung der ansatzfähigen Verlustenergiekosten heranzuziehen sind.

Diese Dynamik des Netzes kann bei einem starren Ansatz der Verlustenergiemenge aus dem Ausgangsniveau nicht abgebildet werden.

Hinweis:

Eine Aufteilung der Verlustenergiemengen bei Teilnetzübergängen ist eine Entscheidung, die nur im jeweiligen Verfahren nach § 26 ARegV vorgenommen werden kann und vorrangig der Einigung der beteiligten Netzbetreiber unterliegt.

c) Anpassung der Erlösobergrenze

Die Erlösobergrenze ist durch die Netzbetreiberin jährlich um die Differenz aus den im Rahmen der Bestimmung des Ausgangsniveaus nach § 6 Abs. 1 ARegV festgestellten Verlustenergiekosten und den für das jeweilige Jahr ansatzfähigen Kosten anzupassen.

Dies erfolgt gemäß der Vorgabe in der Erlösobergrenzenformel (Anlage 1 ARegV):

$$(VK_t - VK_0) = RP_t \times M_t - VK_0$$

Differenzen zwischen den tatsächlich entstandenen Verlustenergiekosten und den ansatzfähigen Kosten darf die Netzbetreiberin als Bonus behalten bzw. sind durch die Netzbetreiberin als Malus zu tragen.

3.6. Plan-Ist-Abgleich über das Regulierungskonto (Tenor Ziffer 3c)

Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 ARegV sind Differenzen zwischen den im Kalenderjahr entstandenen volatilen Kosten nach § 11 Abs. 5 ARegV und den diesbezüglich in der kalenderjährlichen Erlösobergrenze enthaltenen Ansätzen grundsätzlich jährlich auf dem Regulierungskonto zu verbuchen, soweit dies in der Festlegung nach § 32 Abs. 1 Nr. 4a EnWG so vorgesehen ist. Der Landesregulierungsbehörde wird somit durch die Regelung des § 5 Abs. 1 Satz 2 ARegV die Möglichkeit eröffnet, nach pflichtgemäßem Ermessen über die Möglichkeit eines Plan-Ist-Abgleiches zu entscheiden und einen Mechanismus zu schaffen, der Anreize zu effizienter Beschaffung von Verlustenergie setzt.

Die Landesregulierungsbehörde Sachsen hat sich dazu entschlossen, einen solchen Plan-Ist-Abgleich nicht vorzusehen. Differenzen zwischen den tatsächlichen Verlustenergiekosten und den ansatzfähigen Kosten darf die Netzbetreiberin als Bonus behalten oder sind durch die Netzbetreiberin als Malus zu tragen. Hierdurch entsteht in Übereinstimmung mit § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV der Anreiz zu einer effizienten Beschaffung von Verlustenergie.

3.7. Widerrufsvorbehalt (Tenor Ziffer 4)

Die Landesregulierungsbehörde behält sich gemäß § 36 Abs. 2 Nr. 3 VwVfG i.V.m. § 1 SächsVwVfG den Widerruf dieser Festlegungsentscheidung vor. Der Widerrufsvorbehalt tritt neben die Änderungsmöglichkeiten nach § 29 EnWG und §§ 48, 49 VwVfG. Er schafft einen konstitutiven Widerrufsgrund. Die Landesregulierungsbehörde behält

sich den Widerruf ausdrücklich vor, sofern der Netzbetreiber im Einzelfall vorträgt und nachweist, dass durch die Entwicklung der Elektrifizierung und der Veränderungen des verwendeten technischen Standards netzbetreiberübergreifend erhebliche Änderungen der Verlustenergiemengen innerhalb der vierten Regulierungsperiode eintreten und eine Anpassung der Festlegung erforderlich machen.

3.8. Befristung der Festlegung (Tenor Ziffer 5)

Die Festlegung ist bis zum 31.12.2028 und damit für die Dauer der vierten Regulierungsperiode befristet. Die Befristung ergibt sich aus dem Bezug auf die im Rahmen der Bestimmung des Ausgangsniveaus nach § 6 Abs. 1 ARegV anerkannten Aufgriffsgrenzen als Obergrenzen in %. Zudem wird so der Zeitraum, in dem die Berechnung der Preise festgelegt wird, begrenzt.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist gemäß § 75 Abs. 1 EnWG die Beschwerde zulässig. Sie ist schriftlich binnen einer Frist von einem Monat ab Zustellung der Entscheidung bei der Landesregulierungsbehörde beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Wilhelm-Buck-Str. 2, 01097 Dresden einzureichen.

Es genügt jedoch, wenn sie innerhalb dieser Frist beim Beschwerdegericht, Oberlandesgericht Dresden, Ständehaus Schlossplatz 1, 01067 Dresden elektronisch nach den gesetzlichen Vorgaben der §§ 55a, 55d VwGO in der jeweils geltenden Fassung eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag des oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit die Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten.

Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt oder eine Rechtsanwältin unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Dresden, den 5. Juni.2023

Leiterin der Landesregulierungsbehörde
Kerstin Meißner
Ministerialrätin

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Dritte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der Richtlinie Integrative Maßnahmen

Vom 9. Juni 2023

I.

Die Richtlinie Integrative Maßnahmen vom 10. März 2020 (SächsABl. S. 259), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2021 (SächsABl. SDr. S. S 230), wird wie folgt geändert:

1. In Großbuchstabe A Ziffer I Nummer 1 werden die Angabe „14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782)“ durch die Angabe „21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578)“ und die Wörter „23. Oktober 2019 (SächsABl. S. 1590)“ geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352)“ durch die Wörter „23. November 2022 (SächsABl. S. 1423)“ geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178)“ ersetzt.
2. Großbuchstabe B wird wie folgt geändert:
 - a) Teil 1 Ziffer VI wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 werden nach den Wörtern „der Bewilligungsstelle schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch nach § 3a des Verwaltungsverfahrensgesetzes“ eingefügt.
 - bb) Folgende Nummer 3 wird angefügt:
 - „3. Folgende Auszahlungsverfahren werden angewandt:
 - a) Für Kommunen als Zuwendungsempfänger gilt das Regelauszahlungsverfahren nach Nummer 7.1 der Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften – VVK).
 - b) Für alle anderen Zuwendungsempfänger nach Ziffer III gilt das Auszahlungsverfahren nach Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung. Eine Auszahlung in Teilbeträgen in Form der Vorfinanzierung ist zulässig.“

- b) Teil 2 Ziffer VI wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 werden nach den Wörtern „Zuwendung sind schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch nach § 3a des Verwaltungsverfahrensgesetzes“ eingefügt.
 - bb) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 2 eingefügt:
 - „2. Es gilt das Regelauszahlungsverfahren nach Nummer 7.1 der Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften – VVK).“
 - cc) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 3.
- c) Teil 3 Ziffer VI wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 werden nach den Wörtern „ist schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch nach § 3a des Verwaltungsverfahrensgesetzes“ eingefügt.
 - bb) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:
 - „2. Es gilt das Auszahlungsverfahren nach Nummer 7.6 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung.“
 - cc) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 3.
- d) Teil 4 Ziffer VI wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 werden nach den Wörtern „ist schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch nach § 3a des Verwaltungsverfahrensgesetzes“ eingefügt.
 - bb) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:
 - „2. Es gilt das Auszahlungsverfahren nach Nummer 7.6 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung.“
 - cc) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 3.

II.

Die Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 9. Juni 2023

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

**Richtlinie
des Sächsischen Staatsministeriums
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
zur Änderung
der RL Soziale Betreuung Flüchtlinge**

Vom 9. Juni 2023

I.

Die RL Soziale Betreuung Flüchtlinge vom 5. Juni 2018 (SächsABl. S. 783), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2021 (SächsABl. SDr. S. S 230), wird wie folgt geändert:

1. In Ziffer I Nummer 1 werden die Wörter „Artikel 13 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (SächsGVBl. S. 630)“ durch die Wörter „Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578)“ und die Wörter „3. Januar 2018 (SächsABl. S. 132, 453) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 8. Dezember 2017 (SächsABl. SDr. S. S 378)“ durch die Wörter „23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178)“ ersetzt.
2. In Ziffer II Nummer 3 werden die Wörter „Artikel 23 des Gesetzes vom 26. April 2018 (SächsGVBl. S. 198)“

durch die Wörter „Artikel 15 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782)“ ersetzt.

3. In Ziffer IV Nummer 4 wird nach der Angabe „nach § 10“ die Angabe „und § 10a“ eingefügt.
4. Ziffer VI wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 3 Satz 1 werden die Wörter „Abweichend von“ durch das Wort „Gemäß“ ersetzt.
 - b) Folgende Nummer 6 wird angefügt:
„6. Es gilt das Regelauszahlungsverfahren nach Nummer 7.1 der Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften – VVK).“

II.

Die Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 9. Juni 2023

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

**Richtlinie
des Sächsischen Staatsministeriums
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
zur Änderung
der ESF-Plus-Richtlinie SMS**

Vom 9. Juni 2023

I.

Die ESF Plus-Richtlinie SMS vom 7. Juni 2022 (Sächs-ABI. S. 743) wird wie folgt geändert:

1. Ziffer I Nummer 4 Buchstabe b wird wie folgt gefasst:
„Anstelle des Erstattungsprinzips nach Nummer 6.3.2 der EU-Rahmenrichtlinie findet das Vorauszahlungsprinzip nach Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 Sächsische Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 2005 (SächsABI. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABI. S. 1423) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABI. SDr. S. S 178), Anwendung.“
2. Ziffer II wird wie folgt geändert:
 - a) In den Großbuchstaben A und B Nummer 2 Buchstabe a werden die Wörter „Artikel 32 des Gesetzes

vom 5. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4607)“ durch die Wörter „Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2824)“ ersetzt.

- b) In Großbuchstabe C Nummer 2 Buchstabe b wird die Angabe „23. Mai 2022 (BGBl. I. S. 760)“ durch die Angabe „16. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2328)“ ersetzt.
- c) In Großbuchstaben D und E Nummer 5 Buchstabe e Doppelbuchstabe eb werden die Wörter „Artikel 1a des Gesetzes vom 23. Mai 2022 (BGBl. I S. 760)“ durch die Wörter „Artikel 5 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2759)“ ersetzt.

II.

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 9. Juni 2023

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der FRL Investitionen

Vom 9. Juni 2023

I.

Die FRL Investitionen vom 17. Dezember 2019 (Sächs-ABI. SDr. 2020 S. S 36), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2021 (SächsABI. SDr. S. S 230), wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„Der Freistaat Sachsen gewährt im Rahmen seiner Verantwortung nach § 82 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2824) geändert worden ist, nach Maßgabe dieser Richtlinie und den allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere den §§ 23 und 44 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, sowie den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABI. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABI. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABI. SDr. S. S 178), in den jeweils geltenden Fassungen, Zuwendungen zu investiven Maßnahmen für Einrichtungen der Jugendhilfe.“
2. Nummer 4.1 und Nummer 4.2 werden aufgehoben.
3. Die bisherigen Nummern 4.3 und 4.4 werden die Nummern 4.1 und 4.2.
4. Die bisherige Nummer 4.5 wird Nummer 4.3 und in Satz 2 wird die Angabe „Nummer 4.4“ durch die Angabe „Nummer 4.2“ ersetzt.

5. Die bisherigen Nummern 4.6 und 4.7 werden die Nummern 4.4 und 4.5.
6. In Nummer 5.1 wird die Angabe „Nummer 4.3“ durch die Angabe „Nummer 4.1“ ersetzt.
7. Nummer 7.3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 5 werden nach der Angabe „(SächsABI. S. 1179)“ ein Komma und die Wörter „zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 29. November 2021 (SächsABI. SDr. S. S 167), in der jeweils geltenden Fassung,“ eingefügt.
 - b) In Satz 7 werden die Wörter „Nummer 4.6 und 4.7“ durch die Wörter „Nummer 4.4 und 4.5“ ersetzt.
8. Der Nummer 7.4 werden folgende Sätze angefügt:
„Für die Auszahlung der Zuwendung an Träger der freien Jugendhilfe gilt Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung. Für die Auszahlung der Zuwendung an Träger der öffentlichen Jugendhilfe gilt Nummer 7.1 der Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften – VVK) und bei einer Gesamtzuwendung über 500 000 Euro und einem Umsetzungszeitraum von mehr als zwei Jahren Nummer 7.2 der Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften – VVK).“

II.

Die Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 9. Juni 2023

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

**Richtlinie
des Sächsischen Staatsministeriums
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
zur Änderung
der FRL überörtlicher Bedarf**

Vom 9. Juni 2023

I.

Die FRL überörtlicher Bedarf vom 12. März 2020 (SächsABl. S. 319), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2021 (SächsABl. SDr. S. S 230), wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 Satz 1 werden ersetzt:

- a) die Wörter „Artikel 36 des Gesetzes vom 12. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2652)“ durch die Wörter „Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2824)“
- b) die Angabe „14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782)“ durch die Angabe „21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578)“,
- c) die Wörter „23. Oktober 2019 (SächsABl. S. 1590) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352)“ durch die Wörter „23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178)“.

2. Nummer 4.1.1 wird wie folgt geändert:

- a) Die Sätze 1 bis 3 werden aufgehoben.
- b) Im bisherigen Satz 4 wird das Wort „Posteingang“ durch das Wort „Antragseingang“ ersetzt.

3. In Nummer 6.3 Satz 2 werden die Angabe „23. Oktober 2019 (SächsABl. S. 1590)“ durch die Angabe „23. November 2022 (SächsABl. S. 1423)“ und die Wörter „zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung“ durch die Wörter „zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178)“ ersetzt.

4. Der Nummer 6.4 wird folgender Satz angefügt:

„Für die Auszahlung der Zuwendung gilt Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung.“

II.

Die Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 9. Juni 2023

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der RL eHealthSax

Vom 9. Juni 2023

I.

Die RL eHealthSax vom 17. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. 2020 S. S 48), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2021 (SächsABl. SDr. S. S 230), wird wie folgt geändert:

1. Teil 1 wird wie folgt geändert:

a) Ziffer I wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Buchstabe a wird die Angabe „14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782)“ durch die Angabe „21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578)“ ersetzt.

bbb) In Buchstabe b wird die Angabe „23. Oktober 2019 (SächsABl. S. 1590)“ durch die Angabe „23. November 2022 (SächsABl. S. 1423)“ und die Angabe „9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352)“ durch die Angabe „6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178)“ ersetzt.

bb) Nummer 2 wird wie folgt geändert:

aaa) Im ersten Anstrich wird die Angabe „(ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1)“ durch die Wörter „(ABl. L 352 vom 24. Dezember 2013, S. 1), geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 2020/972 vom 2. Juli 2020 (AB. L 215/3 vom 7. Juli 2020), in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.

bbb) Im zweiten Anstrich wird die Angabe „(ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 8)“ durch die Wörter „(ABl. L 114/ vom 26. April 2012, S. 8) geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 2020/1474 vom 13. Oktober 2020 (ABl. L 337 vom 14. Oktober 2020, S. 1) in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.

ccc) Im dritten Anstrich wird die Angabe „(ABl. L 7 vom 11.1.2012, S. 3)“ durch die Wörter „(ABl. L 7 vom 11. Januar 2012, S. 3)“ ersetzt.

ddd) Im vierten Anstrich werden die Wörter „(ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1, L 283 vom 27.9.2014, S. 65)“ durch die Wörter „(ABl. L 187 vom 26. Juni 2014, S. 1, L 283 vom 27. September 2014, S. 65)“ ersetzt.

b) Ziffer II Nummer 4 wird aufgehoben.

2. Teil 2 wird wie folgt geändert:

a) Großbuchstabe A Ziffer V wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Antrag“ die Wörter „oder entsprechend § 3a des Verwaltungsverfahrensgesetzes eines elektronischen Antrages“ eingefügt.

bb) Folgende Nummern 6 und 7 werden angefügt:

„6. Für Zuwendungen an Kommunale Zuwendungsempfänger sowie nicht Kommunale Zuwendungsempfänger, die bis zum 31. Dezember 2024 bewilligt werden, gilt, dass abweichend von den Nummern 7.1 bis 7.4 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung sowie abweichend von den Nummern 7.1 bis 7.4 der Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften – VVK) mehrere Vorauszahlungen zulässig sind. Die Zuwendungen dürfen nach Stellung eines entsprechenden Auszahlungsantrags des Zuwendungsempfängers nur insoweit und nicht eher ausgezahlt werden, als sie voraussichtlich innerhalb von sechs Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungszwecks benötigt werden.“

7. Für Zuwendungen an kommunale Zuwendungsempfänger, die ab dem 1. Januar 2025 bewilligt werden, gilt das Auszahlungsverfahren nach Nummer 7.1 VVK. Für Zuwendungen an nicht kommunale Zuwendungsempfänger, die ab dem 1. Januar 2025 bewilligt werden, gilt das Auszahlungsverfahren nach Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung.“

b) Dem Großbuchstaben C Ziffer V wird folgende Nummer 6 angefügt:

„6. Es gilt das Regelauszahlungsverfahren nach Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung beziehungsweise nach Nummer 7.1 der Anlage 3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften – VVK). Für nicht-kommunale Zuwendungsempfänger kann eine Auszahlung nach Nummer 7.5 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung nur erfolgen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind.“

3. Die Anlage (zu Teil 1 Ziffer I Nummer 2) erhält die aus dem Anhang zu dieser Richtlinie ersichtliche Fassung.

II.

Die Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 9. Juni 2023

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

Anhang zu Ziffer I Nummer 2**Anlage**

(zu Teil 1 Ziffer I Nummer 2)

Sofern die Maßnahmen nach dieser Richtlinie als staatliche Beihilfen auf Grundlage der AG-VO gefördert werden, sind ergänzend die nachfolgenden Punkte zu beachten:

1. Anwendbare Freistellungstatbestände

Eine Förderung kann auf der Grundlage aller einschlägigen Artikel der AGVO gewährt werden.

2. Förderverbot (Artikel 1 AGVO)

Von der Förderung ausgeschlossen sind Unternehmen beziehungsweise Sektoren in den Fällen des Artikel 1 Absatz 2 bis 5 AGVO.

3. Beachtung der Anmeldeschwelle (Artikel 4 AGVO)

Bei der Bewilligung der Einzelvorhaben sind die Anmeldeschwellen nach Artikel 4 AGVO zu beachten.

4. Transparenz (Artikel 5 AGVO)

Die Förderung nach dieser Richtlinie erfolgt in Form von Zuschüssen.

5. Anreizeffekt (Artikel 6 AGVO)

Der Beihilfeempfänger muss vor Beginn der Arbeiten für das Vorhaben oder die Tätigkeit den schriftlichen Förderantrag gestellt haben. Dieser muss mindestens die folgenden Angaben enthalten:

Name und Größe des Unternehmens, Beschreibung des Vorhabens mit Angabe des Beginns und des Abschlusses, Standort des Vorhabens, die Kosten des Vorhabens, Art der Beihilfe (Zuschuss) sowie Höhe der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierung.

6. Berechnung von Beihilfeintensität und beihilfefähigen Kosten (Artikel 7 AGVO)

Für die Berechnung der Beihilfeintensität und der beihilfefähigen Kosten werden die Beträge vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben herangezogen. Die beihilfefähigen Kosten sind durch schriftliche Unterlagen zu belegen, die klar, spezifisch und aktuell sein müssen.

7. Kumulierungsregel (Artikel 8 AGVO)

Auf der Grundlage der AGVO gewährte staatliche Beihilfen können mit anderen staatlichen Beihilfen kumuliert werden, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbare beihilfefähige Kosten betreffen. Mit anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten ist eine Kumulation zulässig, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrag nicht überschritten wird.

8. Veröffentlichung (Artikel 9 AGVO)

Informationen über jede Einzelbeihilfe von über 500 000 Euro werden gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe c in Verbindung mit Anhang III der AGVO auf einer ausführlichen Beihilfe-Website veröffentlicht.

9. Beihilfefähige Kosten

Beihilfefähige Kosten sind die Kosten des für die jeweilige Maßnahme einschlägigen Artikels der AGVO.

10. Geltungsdauer der AGVO (Artikel 58 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 59 AGVO)

Die Freistellungstatbestände der AGVO gelten bis zum 31. Dezember 2023 zuzüglich einer Anpassungsperiode von sechs Monaten, mithin bis zum 30. Juni 2024.

Sollte die AGVO nicht verlängert oder durch eine neue Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung ersetzt werden, oder werden relevante inhaltliche Veränderungen der derzeitigen AGVO vorgenommen, wird die Richtlinie zur Einhaltung der neuen Vorgaben entsprechend überarbeitet werden.

Landesdirektion Sachsen
Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Planfeststellung für das Bauvorhaben
„Ersatzneubau Brücke über die Freiburger Mulde
im Zuge der Lindenstraße in 09603 Großschirma OT Hohentanne“
Vom 6. Juni 2023

Mit Planfeststellungsbeschluss der Landesdirektion Sachsen vom 9. Mai 2023 – Gz.: C32-0522/1385/16, ist der Plan für das Bauvorhaben „Ersatzneubau Brücke über die Freiburger Mulde im Zuge der Lindenstraße in 09603 Großschirma OT Hohentanne“ nach den Bestimmungen des Sächsischen Straßengesetzes und der Verwaltungsverfahrensgesetze mit folgendem Tenor festgestellt worden:

„Der Plan zu dem Vorhaben ‚Ersatzneubau Brücke über die Freiburger Mulde im Zuge der Lindenstraße in 09603 Großschirma OT Hohentanne‘ wird nach Maßgabe der Ziffern II bis VIII festgestellt.“

Es wurden Auflagen, Erlaubnisse und Genehmigungen erteilt.

Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens ist der Ersatzneubau Brücke über die Freiburger Mulde im Zuge der Lindenstraße in 09603 Großschirma OT Hohentanne.

Die vorhandene Brücke weist starke Verschleißerscheinungen auf und ist mit der Zustandsnote 4,0 bewertet worden. Die Befahrbarkeit wurde eingeschränkt. Eine Instandsetzung des Bauwerkes ist wirtschaftlich nicht realisierbar.

Die Baumaßnahme umfasst neben dem Ersatzneubau der Brücke den Ausbau der Lindenstraße im Baufeld. Die Lindenstraße und die drei einmündenden Wege an der Brücke werden im Baufeld neu trassiert und grundhaft ausgebaut. Die neue Fahrbahnbreite auf der Brücke beträgt 6,50 m. Innerhalb der Übergangsbögen und der Kurvenradien sind Fahrbahnverbreiterungen vorgesehen.

Die Freiburger Mulde fließt im Bauwerksbereich in einem naturnahen Profil, welches teilweise durch Ufermauern eingefasst ist. Im Bereich der Brückenwiderlager wird das Flussbett seitlich eingeeengt. Die lichte Weite (= Gewässerbreite) bleibt erhalten. Die Oberkante der Fahrbahn wird in Brückenmitte um circa 20 cm angehoben.

Für das Vorhaben besteht gemäß § 1 Absatz 2 Nummer 2 in Verbindung mit Nummer 2) der Anlage 1 (zu § 1 Absatz 2 Nummer 2) des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Freistaat Sachsen die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ohne dass die Vorprüfung des Einzelfalls durchgeführt wurde, weil das Vorhaben vollständig im FFH-Gebiet 4945-301 „Oberes Freiburger Muldetal“ liegt.

Die Umweltverträglichkeitsprüfung ist als unselbständiger Teil des Planfeststellungsverfahrens durchgeführt worden. Die Ergebnisse sind Bestandteil des Planfeststellungsbeschlusses.

In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle rechtzeitig vorgetragenen Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden.

Die in der Planunterlage enthaltenen Grunderwerbsunterlagen enthalten aus Datenschutzgründen keine Angaben über Namen und Anschriften der Grundeigentümer. Betroffenen Grundeigentümerinnen und -eigentümern wird von der auslegenden Stelle oder der Planfeststellungsbehörde auf Anfrage Auskunft über die von dem Vorhaben betroffenen eigenen Grundstücke gegeben.

Eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses liegt zusammen mit einer Ausfertigung der festgestellten Planunterlage in der Zeit

vom 20. Juni 2023 bis einschließlich 4. Juli 2023

in der Stadtverwaltung Großschirma, Haus 2, Zimmer OG 02, Hauptstraße 152 in 09603 Großschirma, während der Dienststunden

Montag	9:00–12:00 Uhr
Dienstag	9:00–12:00 Uhr und 13:00–18:00 Uhr
Mittwoch	9:00–12:00 Uhr
Donnerstag	9:00–12:00 Uhr und 13:00–15:30 Uhr
Freitag	9:00–11:30 Uhr

zu jedermanns Einsicht aus.

Zusätzlich kann der Planfeststellungsbeschluss im UVP-Portal unter <https://www.uvp-verbund.de/> eingesehen werden. Für die Vollständigkeit und Übereinstimmung der im Internet veröffentlichten Unterlagen mit den amtlichen Auslegungsunterlagen wird keine Gewähr übernommen. Der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen ist maßgeblich.

Mit Ende der Auslegungsfrist gilt der Beschluss den übrigen Betroffenen gegenüber als zugestellt, § 39 Absatz 3a des Sächsischen Straßengesetzes in Verbindung mit § 74 Absatz 4 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes.

Nach der öffentlichen Bekanntmachung kann der Planfeststellungsbeschluss bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist von den Betroffenen und von denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch angefordert werden.

Die Rechtsbehelfsbelehrung des Beschlusses lautet:

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich, zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts oder elektronisch Klage beim Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz erhoben

werden. Wird die Klage elektronisch erhoben, gelten die Maßgaben der §§ 55a und 55d der Verwaltungsgerichtsordnung sowie der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen.

Chemnitz, den 6. Juni 2023

Landesdirektion Sachsen
Kamps
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung
für die wesentliche Änderung der Biogasanlage
der Firma Balance Erneuerbare Energien GmbH
am Standort 04838 Jesewitz, Ortsteil Gordemitz**

Gz.: 44-8431/2568

Vom 9. Juni 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat der Firma BALANCE Erneuerbare Energien GmbH in 04347 Leipzig, Braunstraße 7, auf Antrag vom 18. November 2021 in letzter Fassung vom 7. Dezember 2022, mit Datum vom 22. Mai 2023 eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Biogasanlage am Standort Betriebsstraße MB 1 in 04838 Jesewitz, Ortsteil Gordemitz, Gemarkung Jesewitz, Flur 6, Flurstück 33/8, mit folgendem verfügbaren Teil erteilt:

I. Entscheidung

1.1 Der Firma Balance Erneuerbare Energien GmbH, Braunstraße 7 in 04347 Leipzig, wird unbeschadet der Rechte Dritter gemäß § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit § 1 und den Nummern 8.6.3.1 (GE) und 1.16 (V) des Anhanges 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Biogasanlage am Standort 04838 Jesewitz, Ortsteil Gordemitz, Betriebsstraße MB 1, Gemarkung Jesewitz, Flur 6, Flurstück 33/8 erteilt.

1.2 Die wesentliche Änderung der Biogasanlage betreffen insbesondere die Betriebseinheiten (BE):

BE 01 – Annahme, Lagerung und Substratzufuhr:

Fahrhilfen 1 und 2: Umnutzung für zeitweilige zusätzliche Zwischenlagerung von Hähnchenmist/Hühnertrockenkot, Lagerung separierter fester Gärreste auf Freiflächen der Fahrhilfen

Feststoffdosierer: Abdeckung zur Verminderung der Geruchsemissionen

BE 04 – Gasstrecke:

Tragluftdächer mit integriertem Gasspeicher (HF 1+2+3, E 1+2)

Aktivkohlefilter/H₂S-Reduktion

Biogasfackel: Nutzung nur im Notbetrieb bei Anlagenstörungen

BE 05 – Biogasaufbereitung:

Aufstellung und Betrieb neuer Biogasaufbereitungsanlage der Firma Schwelm Anlagen GmbH (Druckwäsche, 1 400 Nm³/h) einschließlich Abluftbehandlung (regenerative thermische Oxidation) anstelle der Biogasaufbereitungsanlage „Malmberg Compact“ (Druckwäsche, 1 400 m³/h) einschließlich Lageänderung

Einsatz organischer Waschflüssigkeit anstelle von Wasser im Druckwäsche-Prozess

BE 07 – sonstige Einrichtungen:

Betriebsgebäude: Neuerrichtung von Obergeschoß als Besucherzentrum in vier Containern, Zugang über Außentreppe und Rettungsweg

Lagercontainer: Nutzungs- und Lageänderung in Unterstellhalle

Eigenverbrauchstankstelle: Lageänderung durch Neuerrichtung in Unterstellhalle für Diesel-Kraftstofflagerung

(<980 Liter); Einsatz zugelassener befahrbarer Auffangwanne (Stahl) mit Zulassung (Z 38.5-107); Abfüllfläche dient Rückhaltung, Erkennung und Beseitigung von Dieselmotorenflecken

Anlagenumwallung: Neuerrichtung Gesamtanlage Gordemitz gemäß § 37 Absatz 3 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen als Schutzwall bei Havarie, Erdwall mit max. Höhe von 0,5-1,0 m, Gesamtfläche ca. 50 m²

zuzüglich Änderungen im Substratmix und Einsatzmengen:

Substrate	Menge/Tagesdurchsatz t/d	Jahresdurchsatz t/a (neu)
Hähnchenmist/ Hühnertrockenkot	max. 50	9.500
Gülle	max. 50	400
Maissilage	max. 150	29.000
Gassilage GPS	max. 100	8.500
Gesamtdurchsatz	max. 170	47.400

2. Diese Änderungsgenehmigung schließt gemäß § 13 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes unter anderem die weiteren behördlichen Entscheidungen ein:

- Baugenehmigung nach § 63 der Sächsischen Bauordnung für die beantragten Maßnahmen der Neuerrichtung vom 2. Stock (Obergeschoß) des Betriebsgebäudes (Besucherzentrum) und der Umwallung der Anlage (Erdwall) auf dem Grundstück Betriebsstraße MB 1, Gewerbegebiet Am Milchberg der Gemeinde Jesewitz OT Gordemitz, Gemarkung: Jesewitz, Flur 6, Flurstück 33/8

3. Die Genehmigung wird nach Maßgabe der vorgelegten Antragsunterlagen (Abschnitt II.) und mit Nebenbestimmungen (Abschnitt III.) erteilt.

4. Die Kosten für die Durchführung des Genehmigungsverfahrens trägt die Vorhabenträgerin BALANCE Erneuerbare Energien GmbH. Die Höhe der zu entrichtenden Kosten wird in einem gesonderten Kostenbescheid festgesetzt.

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altkemnitzstraße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elek-

tronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.“

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung liegt

vom 30. Juni 2023 bis einschließlich 14. Juli 2023

bei folgender Stelle zur öffentlichen Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden.

Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz,
Zimmer 463, Braustraße 2 in 04107 Leipzig,
Montag und Mittwoch von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von
13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie
von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Der Genehmigungsbescheid ist im Internet unter der Adresse: <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz/Immissionsschutz einsehbar.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 10 Absatz 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274, 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1792) geändert worden ist, unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält zahlreiche Nebenbestimmungen.
2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.
3. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz oder über poststelle@lids.sachsen.de, angefordert werden.

Die Entscheidung wird auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz/Immissionsschutz/IED-Anlagen bekannt gemacht.

Leipzig, den 9. Juni 2023

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485 26 0
Telefax: 0351 485 26 61
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

22. Juni 2023

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 47,08 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 9,53 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 